



Thema Drosselstraße Zusammenleben in Osterholz-Scharmbeck

Empfehlungen zur Förderung von Integration und zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts



**Herausgegeben
in Zusammenarbeit mit:**

Arbeitsgemeinschaft
Ziviler Friedensdienst
in Deutschland

Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (ArGe ZFDiD) gründete sich 2002, um die Möglichkeiten des Zivilen Friedensdienstes zur Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte zu vermitteln, den Wissensaustausch zwischen Projektdurchführern zu fördern und konkrete Projektaktivitäten der Mitglieder zu koordinieren. Die ArGe ZFDiD ist Träger der Projekte der »Kommunalen Konfliktberatung«, welche ihre Mitgliedsorganisation Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in den Städten Oranienburg (Brandenburg), Quakenbrück, Osterholz-Scharmbeck (beide Niedersachsen), Tübingen (Baden-Württemberg) und im Hamburger Stadtbezirk Bergedorf durchführt.

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*) wurde im Jahr 1996 mit dem Auftrag gegründet, sich für die »Verwirklichung der Idee eines Zivilen Friedensdienstes« einzusetzen. Das *forumZFD* ist überparteilich und überkonfessionell. Es wird getragen von 39 Mitgliedsorganisationen und etwa 130 Einzelmitgliedern. Gemäß dem Grundgedanken »Frieden braucht Fachleute« bietet das *forumZFD* in seiner Akademie für Konflikttransformation lebens- und berufserfahrenen Menschen Qualifizierungskurse zur Friedensfachkraft und Trainings zu Themen der zivilen Konfliktbearbeitung an. Das *forumZFD* führt Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Nahost, auf dem westlichen Balkan und auf den Philippinen durch. Innerhalb Deutschlands unterstützen die Fachkräfte des *forumZFD* als »Kommunale Konfliktberater« Stadtgesellschaften, die im Kontext von Migration, sozialen, demografischen und Strukturwandel Spannungen durchleben.

Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck

Der Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität der Stadt Osterholz-Scharmbeck wurde durch den Beschluss des Rates der Stadt Osterholz-Scharmbeck vom 13. Dezember 2007 als behörden- und ressortübergreifendes Gremium eingerichtet. Den Vorsitz des Präventionsrates hat die Stadt Osterholz-Scharmbeck, vertreten durch den Bürgermeister Martin Wagener, übernommen. Seine Vertretung hat der Erste Stadtrat Jörg Fanelli-Falcke übernommen. Im Präventionsrat sind neben dem Bürgermeister, dem ersten Stadtrat und dem Dezernenten für Ordnung, Finanzen und Personal Torsten Rohde sowie der städtischen Integrationsstelle vertreten durch Karin Wilke, die Erste Kreisrätin Heike Schumacher und der Dezernent für Ordnung, Bauen und Umwelt des Landkreises Richard Eckermann, der Leiter des Polizeikommissariats Osterholz Wilfried Grieme, der Direktor des Amtsgerichts Osterholz-Scharmbeck Bernhard Konitz und der zuständige Oberamtsanwalt der Staatsanwaltschaft Verden Stefan Göbel als Mitglieder vertreten.

Abkürzungen

BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BIWAQ	Bundesprogramm »Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier« des Europäischen Sozialfonds
EIF	Europäischer Integrationsfonds
ESIM	Elaborated Social Identity Model
forumZFD	Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
LINES	»Lokales Inklusions – Netzwerk zur Werte- und Normenbildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich«
LOS	Bundesprogramm »Lokales Kapital für soziale Zwecke«
SVO	Bundesprogramm »Stärken vor Ort« des Europäischen Sozialfonds
SWD	Sozialwissenschaftlicher Dienst der Polizei Niedersachsen

Vorwort

Wie kann interkulturelles Miteinander- und Zusammenleben sowie gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene gestaltet werden? Diese Fragestellung ist seit vielen Jahren eine feste Größe im Handeln der Stadt Osterholz-Scharmbeck. Dabei verzeichnen wir deutliche Erfolge mit den getroffenen Maßnahmen.

Mit Sorge beobachten wir dagegen die Situation in der Drosselstraße. Das Wohngebiet war Ende der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der Stationierung US-amerikanischer Soldaten entstanden. Nach der Auflösung des Militärstandorts im Jahr 1992 veränderte sich die Bewohnerstruktur. Insbesondere Flüchtlingsfamilien aus der Türkei, dem Libanon und Syrien zogen in die Drosselstraße.



Spätestens seit dem Jahr 2003 wird die Drosselstraße über die Grenzen unserer Stadt hinaus als sozialer Brennpunkt wahrgenommen. Gewalt, Drogen- und Beschaffungskriminalität haben signifikant zugenommen. Mit der Polizei, den kommunalen Behörden und innerhalb der Bewohnergruppen kommt es zu teils massiven Konflikten.

Für die Stadt Osterholz-Scharmbeck bestand dringender Handlungsbedarf. Wichtig war es uns, nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg nach Lösungen zu suchen. Als erste Maßnahme gründeten wir deshalb einen »Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität«. Hier vereint sich Kompetenz aus Stadt- und Kreisverwaltung, Polizei und Justiz mit dem Ziel der allgemeinen Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität in der Stadt. Der Problemlage in der Drosselstraße galt hierbei besondere Aufmerksamkeit. Der Präventionsrat seinerseits initiierte »Runde Tische«, um den Dialog mit Vertretern von Migrantinnen und Migranten in Osterholz-Scharmbeck zu vertiefen.

Um die Komplexität der Konfliktlage um die Drosselstraße genauer zu analysieren, nahm der Präventionsrat Kontakt mit der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (ArGe ZFDiD) und ihrer Mitgliedsorganisation, dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*) auf. Innerhalb Deutschlands unterstützen Fachkräfte des *forumZFD* als »Kommunale Konfliktberater« Stadtgesellschaften, die im Kontext von Migration, demografischem, sozialem Wandel und Strukturwandel Spannungen und Konflikte durchleben. Das *forumZFD* konnte mit ihrer Außenperspektive die aktuelle Lage und zukünftige Entwicklung unserer Stadt neu beurteilen und helfen, neue Netze zu knüpfen.

Präventionsrat und *forumZFD* entwickelten ein Konzept, um die Situation der Drosselstraße zu bewerten und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Nach Bewilligung von Fördermitteln des Europäischen Integrationsfonds (EIF) und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), nahm das Team des *forumZFD* um Projektleiter Hagen Berndt im Januar 2011 die Arbeit in Osterholz-Scharmbeck auf.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist die Studie »Thema Drosselstraße: Zusammenleben in Osterholz-Scharmbeck«. Nunmehr verfügen wir über eine strategische Grundlage für die mittel- und langfristige Ausgestaltung des behördlichen und außerbehördlichen Handelns in der Drosselstraße. Die Studie soll zudem Wege aufzeigen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration konfliktensensibel zu gestalten.

Dafür möchten wir dem Projektteam des *forumZFD* um und mit Hagen Berndt herzlich danken. Unser besonderer Dank gilt dem Europäischen Integrationsfonds und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ohne ihre finanzielle Unterstützung wäre die Durchführung dieses Projekts nicht möglich gewesen. Nicht zu vergessen sind all diejenigen in Behörden und Stadtgesellschaft, die diese Studie durch ihre Auskünfte und Zuarbeit bereichert haben.

Unser Anliegen ist es, die ersten Erfolge des interkulturellen Miteinander- und Zusammenlebens nachhaltig zu sichern. Wir haben das *forumZFD* gebeten, uns bei der Umsetzung der nächsten Schritte weiterhin fachlich zu beraten. Uns hat es sehr gefreut, als teilnehmende Stadt in das Kommunenübergreifende Beratungsprojekt »Vielfalt ist spannungsreich – und voll positiver Kraft!« aufgenommen zu werden, welches das *forumZFD* grundfinanziert durch den Europäischen Integrationsfonds und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis Ende des Jahres 2014 in insgesamt drei deutschen Kommunen durchführen wird. Hierzu werden wir die notwendige Kofinanzierung bereitstellen.

Ein wichtiger Schritt ist getan, doch die Arbeit fängt erst an. Integration ist ein kontinuierlicher Prozess, der einen langen Atem erfordert. Dieser Herausforderung stellen wir uns.

Im Namen der Stadt Osterholz-Scharmbeck und des Präventionsrats der Stadt,



Bürgermeister Martin Wagener

Inhaltsverzeichnis

Die Ergebnisse im Überblick	4
1. Einleitung	6
2. Situations- und Konfliktanalyse	
2.1. Osterholz-Scharmbeck und die Drosselstraße	8
2.2. Die Entwicklung der Situation in der Drosselstraße	10
2.3. Die Situation in der Drosselstraße als Konflikt	12
2.4. Das Konfliktgeschehen: Wahrnehmungen, Einstellungen und Handlungen	14
2.5. Das Konfliktgeschehen: Muster im Umgang miteinander	21
2.6. Gefahren und Risiken	22
3. Wirkungen bisheriger Maßnahmen	24
4. Perspektivische Betrachtung von Handlungsansätzen	
4.1. Kriterien	31
4.2. Vorhandene Potenziale in Osterholz-Scharmbeck	31
4.3. Handlungsempfehlungen	32
5. Anhang	
5.1. Endnoten	34
5.2. Karte von Osterholz-Scharmbeck	35
5.3. Weiterführende Literatur	36

Die Ergebnisse im Überblick

Situations- und Konfliktanalyse

Der *Hauptkonflikt* verläuft zwischen Vertreter/-innen von Institutionen, Vereinen, Politik etc. in Osterholz-Scharmbeck und Anwohnern und Anwohnerinnen der Drosselstraße, ihren Familien und ihren Gruppen über die Frage, wie im städtischen Alltag miteinander umgegangen werden soll.

Neben- und Folgekonflikte sowie daraus entstehende Probleme: Drogen- und Beschaffungskriminalität; Schwierigkeiten der Behörden im Umgang mit den benannten Konflikten und in der behördenübergreifenden Abstimmung dazu; Gewaltspirale im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Gesetzen; ethnische und kulturelle Konflikte im Quartier; Ausgrenzung, z. B. in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht; Zukunftsperspektiven, z. B. Bildung; Generationenkonflikte im Quartier.

Bisherige Maßnahmen

Behörden, Polizei und lokale Initiativen haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um die Dynamik der Situation in der Drosselstraße positiv zu beeinflussen, Kriminalität zu bekämpfen und zu Integration beizutragen:

- Einrichtung des Präventionsrats gegen Gewalt und Kriminalität am 13. Dezember 2007 durch den Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck
- Behördeninterne Lenkungsrunde Soziale Stadterneuerung als politisches Steuerungsinstrument des Stadtentwicklungsprozesses seit 2003 und der Begleitausschuss »Stärken vor Ort« in den Jahren 2009–2011
- Einrichtung der Arbeitsstelle »Interkulturelle Netzwerk fördernde Sozialstrukturentwicklung/ Gleichstellungsbeauftragte« durch die Stadt

Handlungsempfehlungen

1. Die Stadtgesellschaft in Osterholz-Scharmbeck muss sich verstärkt mit ihren Vorstellungen von Integration auseinandersetzen. Im öffentlichen Diskurs tauchen verschiedene Begriffe auf (Integration, Inklusion, etc.), deren unterschiedliche Konnotationen untersucht und diskutiert werden sollten. Diese Debatte öffentlich zu führen, könnte dazu beitragen, die Möglichkeiten und Chancen zu entdecken, die für die Stadt in einem anderen Umgang mit neuen Bürgern und Bürgerinnen bestehen.
2. Die Stadtverwaltung muss in Bezug auf die Bearbeitung der Konflikte um die Drosselstraße die Führungsrolle übernehmen. Dies sollte beinhalten, dass die Drosselstraße-Thematik zu einer Querschnittsaufgabe in verschiedenen Arbeitsbereichen wird. Ein Schaubild für das Zusammenwirken von Einrichtungen im Bereich der Drosselstraße sollte behördenübergreifend erstellt werden, um Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten klar zu beschreiben.
3. Der Standort des Jugendhauses ist für den Zugang zum Quartier von sehr hoher Bedeutung. Dies sollte von der Stadtverwaltung bei der Entwicklung von Strategien in Bezug auf die Standortfrage berücksichtigt werden, bevor die gegenwärtige Immobilie am Pumpelberg aufgegeben wird. Die Fortschreibung befristeter Arbeitsverhältnisse im Jugendhaus ist notwendig, um qualifiziertes Personal auch langfristig zu erhalten.
4. Die Rolle des Präventionsrats als Steuerungsgremium sollte konkret ausgefüllt werden: z. B. sollte der Präventionsrat eine kohärente Strategie verfolgen, diese Strategie dem Stadtrat vorstellen, Arbeitsgruppen einrichten und deren Arbeitsergebnisse abfragen und überprüfen. Um dies tun zu können, müssten dem Präventionsrat auch mittelfristig die entsprechenden Personalressourcen zur Verfügung stehen.
5. Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck sollte dem Präventionsrat einen klaren Auftrag entsprechend der Strategie erteilen, dessen Ergebnisse vom Stadtrat abgefragt werden. Der Stadtrat sollte sich darüber hinaus mit diesem Thema als Zukunftsthema beschäftigen. Die politischen Parteien sollten sich entsprechend positionieren, ohne dabei das Thema Drosselstraße durch Polarisierung zur eigenen Profilierung zu nutzen. Der Stadtrat sollte die Arbeit des Präventionsrats begleiten. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Sinne einer Lenkungsrunde könnte dafür eingerichtet werden.
6. Die Bearbeitung der Konfliktsituation in der Drosselstraße könnte zu einem Leuchtturmprojekt der Polizei im präventiven Bereich werden, das zukunftsweisend behördenübergreifende Zusammenarbeit und polizeiliches Handeln im gesellschaftlichen Kontext beschreibt. Die Handlungsempfehlungen beziehen sich auf folgende Bereiche: Fortführung der Auseinandersetzung mit interkulturellen Fragestel-

- Planung und Durchführung des Gesamtpakets »Soziale Stadterneuerung« im Rahmen des Bundesländerprogramms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« mit dem Sanierungsgebiet »Mozartstraße / Drosselstraße« seit 2002
- Betrieb des von der Stadt getragenen Jugendhaus Am Pumpelberg
- Einsatz eines Streetworkers in der Drosselstraße
- Bildungsmaßnahmen zur Integration im Bildungsangebot der Stadt unter dem Titel »Campus für lebenslanges Lernen«
- Polizeiliche Maßnahmen der akuten Kriminalitätsbekämpfung in der Drosselstraße zur Eindämmung von Drogen- und Beschaffungskriminalität im Rahmen einer Polizeistrategie, die sich aus Kriminalitätsbekämpfung und Prävention zusammensetzt
- Gezielte Erhöhung der interkulturellen Kompetenz im Umgang mit Migranten und Migrantinnen in der Ausländerbehörde des Landkreises und stärkere Orientierung auf das Ziel einer aktiven Integrationsunterstützung im Rahmen der ausländerbehördlichen Aufgabenwahrnehmung
- Einbürgerungsfeier des Landkreises für alle eingebürgerten Migrantinnen und Migranten
- Projektmaßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe des Landkreises
- Individuelle Kontakte und Dialogversuche auf unterschiedlichen Ebenen
- Begleitung des von Familien aus der Drosselstraße getragenen Fußballvereins Barispor

lungen; verstärkter Einsatz der Instrumente von Supervision und Coaching, um eine kritische Reflexion des Einsatzhandelns zu begleiten; Vermittlung eines differenzierteren Bildes durch ortskundige Beamte; Weiterentwicklung eines stimmigen Konzepts, das sich nicht nur auf die Bekämpfung von Kriminalität bezieht, sondern Sicherheitsfragen umfassender betrachtet; Fortführung der Ausgestaltung von differenzierten Polizeistrategien für Zugriffe, die einer internen Solidarisierung in der Drosselstraße vorbeugen; Nutzung des Wissens der Polizei über Akteure in der Drosselstraße bei der Strategieentwicklung.

7. Die Behörden (Kreisverwaltung, Stadtverwaltung, Polizei) sollten dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiter/-innen interkulturelle Orientierung entwickeln, und die mit interkulturellen Fragestellungen zusammenhängenden Fragen behördenübergreifend diskutieren. Ein fortlaufender Kurs zu »Interkulturellem Lernen« sollte sich nicht vorwiegend auf nationale oder ethnische Kulturen fokussieren, sondern sich mit Migrantenkulturen beschäftigen und die Wirkungen von Machtverhältnissen betrachten. Die Federführung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bzgl. interkultureller Orientierung könnte bei der Kreisverwaltung liegen.
8. Die Kreisverwaltung hat als zuständige Behörde in den Bereichen Ausländerangelegenheiten und Jugendhilfe eine besondere Verantwortung dabei, die Zusammenarbeit der Behörden in diesem Sinne zu

begleiten. Die Einrichtung einer Arbeitsebene zwischen Kreisverwaltung und Stadtverwaltung zu Integrationsfragen könnte dafür hilfreich sein.

9. Die Bürgergesellschaft (u. a. vertreten durch Vereine, Initiativen, Religionsgemeinschaften) sollte auf die Anwohner/-innen der Drosselstraße zugehen und konkrete Angebote machen, die Anwohner/-innen einzubinden. Der Kontakt sollte im Quartier stattfinden. Diese Schritte sollten durch qualifizierte Moderation mit entsprechender Anbindung an Entscheidungsstrukturen in der Stadt begleitet werden.
10. Die Anwohner/-innen aus der Drosselstraße könnten durch fachkundige Begleitung den Umgang mit Prozessen und Institutionen (»Wie verhalten wir uns in unserem Staat?«) erlernen. Für diese Aufgaben sollte von der Stadtverwaltung ein/e qualifizierte/r, hauptamtliche/r Prozessbegleiter/-in eingesetzt werden. Migrantorganisationen könnten hilfreiche Partner für die Umsetzung sein.
11. Insgesamt macht sich Osterholz-Scharmbeck auf den Weg und versteht den Umgang mit der Situation in der Drosselstraße als einen Prozess, der der Stadt und ihren Bewohnern und Bewohnerinnen Zukunftsperspektiven aufzeigt. Es wird keine fertigen Lösungen dafür geben. Doch die Auseinandersetzung mit der Problematik kann zeigen, dass in diesem Konflikt nicht nur Gefahren und Risiken liegen, sondern vor allem Chancen und Möglichkeiten für die Entwicklung der Stadt.

1. Einleitung

Auf einem Video, das im Internet über youtube.com verbreitet wird, zeigen Jugendliche Drohgebärden und Waffen zur Musik eines Rap im Stil nordamerikanischer schwarzer Gegenkultur. Die Atmosphäre deutet Verbindungen zur Illegalität an. Durch seine Mischung aus türkisch-kurdischen und deutschen Sprachelementen ist der Rap jedoch eindeutig einer deutschen Migrantenkultur zuzuordnen. Im Refrain des Liedes erklingt immer wieder »Drosselstraße«. Aufgenommen wurde das Video in einer Tiefgarage in der niedersächsischen Kleinstadt Osterholz-Scharmbeck, nur zwölf Minuten Zugfahrt vom Bremer Hauptbahnhof nach Norden.

Das Video weist auf Phänomene in einem Viertel hin, in dem sich die Probleme der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands deutlich zeigen. Die Erfahrung von Migranten und Migrantinnen, in deutschen Stadtgesellschaften nicht anzukommen, lässt sie nach Schutzräumen suchen, die ihnen Gemeinschaft und Identität bieten. Da dies in manchen Fällen die Entstehung teilweise krimineller Parallelgesellschaften fördert, sieht sich die Bürgergesellschaft in ihren Vorurteilen und ihrer Ablehnung bestätigt. Sprachlosigkeit und Kommunikationshindernisse, die nicht erkannt und daher auch nicht überwunden werden, vertiefen die Gräben und lassen das städtische Miteinander in Abgrenzung erstarren.

Die Drosselstraße in Osterholz-Scharmbeck ist ein solches Quartier, das spätestens seit 2003 trotz seiner räumlichen Begrenztheit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt wurde als Ort, von dem Gewalt sowie Drogen- und Beschaffungskriminalität ausgehen und an dem sich Anwohner gegen den Zugriff staatlicher Organe wehren. Für andere, die täglich mit der Situation umgehen müssen, wurde die Drosselstraße zu einem Problem, das aus dem geordneten Miteinander in einem ansonsten beschaulichen städtischen Alltag herausragt und einen besonderen Umgang erfordert.

Doch in Osterholz-Scharmbeck wurde das Problem erkannt und in den Mittelpunkt städtischen Handelns gestellt. Der Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck, ein vom Stadtrat beschlossenes Gremium, das sich aus Vertretern und Vertreterinnen von Stadt und Landkreis, der Polizei und der Justiz zusammensetzt, vereint diejenigen Akteure, deren Verantwortung es ist, zu Lösungen der Drosselstraße-Problematik beizutragen. Der Präventionsrat hat im Jahre 2009 zusammen mit der Fachorganisation Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*) beschlossen, ein Projekt ins Leben zu rufen, das die Situation der Drosselstraße neu beleuchtet, bisherige Maßnahmen zur Bearbeitung der Problematik bewertet und Handlungsempfehlungen formuliert, um gesellschaftliche Spannungen



Workshop zur Situationsanalyse im Haus der Kulturen

abzubauen und Konflikte im Kontext von Integration zu bearbeiten. Dieses Projekt mit dem Titel »Integration fördern – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken« wird durch den Europäischen Integrationsfonds (EIF) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert. Das Vorhaben begann im Dezember 2010.

Das vorliegende Dokument ist das Ergebnis eines Prozesses, der sich über zwölf Monate erstreckte und einen großen Teil der Stadtgesellschaft in Osterholz-Scharmbeck einbezog. In enger Abstimmung mit Bürgermeister Martin Wagener und der städtischen Verwaltung hat das *forumZFD* mit Hilfe einer Fachkraft und in Absprache mit dem aufgrund der besonderen Kriminalitätsproblematik ebenfalls in Osterholz-Scharmbeck tätigen Sozialwissenschaftlichen Dienst der Polizei des Landes Niedersachsen zunächst eine Analyse der Situation der Drosselstraße vorgenommen. Dazu wurde eine Vielzahl von Personen des öffentlichen Lebens befragt. In Einzelgesprächen wie auch in Gruppendiskussionen kamen Anwohner und Anwohnerinnen der Drosselstraße zu Wort. Häufige Präsenz vor Ort erlaubte eigene Eindrücke und Einblicke. Die Situationsanalyse wurde auf einem Workshop vorgestellt, der am 25. August 2011 im Haus der Kulturen im Nachbarquartier Mozartstraße stattfand und Bereitschaft und Engagement aller Beteiligten in Stadt, Kreis, bei Polizei und Politik sowie in der Stadtgesellschaft von Osterholz-Scharmbeck und auch der Anwohnerinnen und Anwohner der Drosselstraße deutlich machte. Der Austausch führte zu einem gemeinsamen Verständnis der Situation – eine wesentliche Grundlage für die Gestaltung zukünftiger Maßnahmen.

Auf dieser Grundlage konnten die bisher durchgeführten Maßnahmen, die die Situation in der Drosselstraße beeinflussen sollten, auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und bewertet werden. Im November 2011 hat der Präventionsrat mit den Mitarbeitern des *forumZFD* erste Schritte für die Entwicklung eines zukünftigen Handlungskonzepts diskutiert. Die Ergebnisse dieser und der sich daraus ergebenden Überlegungen fließen in das vorliegende Dokument ein und bilden seinen vorläufigen Abschluss.

Gleichzeitig ist diese Veröffentlichung gewissermaßen als »work in progress« zu verstehen. Bereits im Projektzeitraum, der durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet wurde, konnte beobachtet werden, dass gegenseitiges Verständnis und Interesse zunahm, wo kurz zuvor noch Unverständnis und Ablehnung zu spüren gewesen waren. Die eigentliche Arbeit beginnt jedoch erst nach dem Vorliegen dieser Studie. Die zuständigen Akteure in Stadt und Kreis müssen sich darüber verständigen, welche Aufgaben sie in welcher Reihenfolge und wie angehen wollen, um tatsächliche Veränderungen der Situation anzugehen. Aus Bausteinen für ein Handlungskonzept muss ein Hand-

lungsbauwerk werden, das spürbar werden lässt, dass es um die Gestaltung der Zukunft in Osterholz-Scharmbeck geht.

2. Situations- und Konfliktanalyse

2.1. Osterholz-Scharmbeck und die Drosselstraße

Osterholz-Scharmbeck hat 31.512 Einwohner¹ und liegt im nördlichen Niedersachsen im Großraum Bremen. Die Stadt ist Verwaltungszentrum des Landkreises Osterholz. In reizvoller landschaftlicher Umgebung gelegen, profitiert Osterholz-Scharmbeck auch durch die kulturelle Ausstrahlung der Künstlerkolonie Worpswede und ist bis heute Schaffensmittelpunkt einer Reihe von bildenden Künstlern und Künstlerinnen.

Aus Scharmbeck, das erstmals im Jahre 1043 erwähnt wurde, und dem Amt Osterholz, der Ortschaft um das 1182 gegründete Kloster Osterholz, entstand am 24. Mai 1927 durch einen Beschluss des Bezirks Stade des Landes Preußen die Gemeinde Osterholz-Scharmbeck, der zwei Jahre später das Stadtrecht durch das preußische Staatsministerium des Innern verliehen wurde. Wirtschaftlich war besonders Scharmbeck durch die Bedeutung seiner Tuchmacherzunft seit 1581 und des seit 1748 bestehenden Viehmarktes aufgefallen. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wuchsen die beiden Flecken, die durch die 1862 gebaute Bahnlinie Bremen (22 km entfernt) – Bremerhaven (39 km) getrennt werden, immer mehr zusammen. Ein wirtschaftlicher Aufstieg setzte ein, da sich aufgrund der guten Anbindung an Schiene und Hafen zahlreiche Industrien – Tabakverarbeitung, Eisengießerei, Schiffswerft, Reiswerke – etablieren konnten. 1911 kam mit der Eröffnung der Bremervörde-Osterholzer Eisenbahn eine weitere wichtige Verkehrsverbindung hinzu. Die Stadt Osterholz-Scharmbeck besteht heute aus der Kernstadt und den neun Ortschaften. Der Landkreis Osterholz entstand 1885 durch Zusammenlegung des Amtes Osterholz mit dem Amt Lilienthal. Er hat heute 111.868 Einwohner.

Wirtschaftlich kann Osterholz-Scharmbeck heute kaum von seiner Nähe zu den Großstädten Bremen und Hamburg profitieren, da es an einer Nebenachse gelegen ist und so nur wenig Industrie anziehen konnte. Daher setzt die Stadt darauf, als familienfreundlicher Wohnort für Menschen attraktiv zu sein, die in der näheren oder weiteren Umgebung ihren Arbeitsplatz haben, jedoch ein geeignetes Wohnumfeld und gute Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder suchen. Die gute Verkehrsanbindung durch Straßennetz und regionalen Bahnbetrieb unterstreicht diese Option.

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Osterholz-Scharmbeck durchlief drei verschiedene Phasen. Während 1909 noch 6.060 Einwohner gezählt wurden, verdoppelte sich die Bevölkerung bis 1945 auf 12.500 Personen, vor allem durch die Aufnahme von Einwohnern aus dem ausgebombten Bremen. In den ersten Jahren nach dem II. Weltkrieg kamen Kriegsflüchtlinge hinzu, die in Osterholz-Scharmbeck erfolgreich integriert wurden, so dass die Bevölkerung bis 1970 auf 23.500 Personen anwuchs, eine

Größe, die sich in den folgenden Jahrzehnten nur wenig veränderte.² Erst seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre wuchs die Stadt durch den Zuzug von Aussiedlern und Migranten aus anderen Ländern auf ihre heutige Größe. Eine Ursache für die jüngste Entwicklung liegt in der Stationierung und im späteren Abzug US-amerikanischen Militärs. Am 17. Oktober 1978 wurden in der Lucius D. Clay-Kaserne im Ortsteil Garlstedt 7.500 US-Amerikaner, davon 4.083 Soldaten und 2.500 Zivilisten, stationiert. Die Zahl der Zivilisten wuchs in den folgenden Jahren noch auf etwa 4.000 Personen an. Zivilisten und Soldaten mit Familien wurden in neu geschaffenen Wohnraum in den Bereichen Drosselstraße, Mozartstraße und Hoheberg angesiedelt. Eine US-amerikanische Schule wurde gegründet. Im Zweiten Golfkrieg im Jahre 1991 wurden die meisten der in Osterholz-Scharmbeck stationierten Soldaten der 2nd Armoured Division »Hell on wheels« aus Texas, einer Vorhut der 75. US-Brigade, an den Golf verlegt. Nach Ende dieses Krieges wurde die Kaserne am 1. Oktober 1993 von den US-Streitkräften an die Bundeswehr übergeben und die US-amerikanische Präsenz in Osterholz-Scharmbeck endete.

Die bisher mit US-Amerikanern belegten 1.050 Dienstwohnungen, in der Regel in mehrstöckigen Blocks, in den Straßen Am Hohenberg, Mozartstraße und Drosselstraße wurden damit frei. Darüber hinaus gab es noch ca. 500 Wohnungen auf dem freien Markt, die an amerikanische Armeeeingehörige vermietet waren. Die Stadt kaufte 96 Wohnungen in der Straße Am Hohenberg für einen Gesamtpreis von 12,5 Millionen DM.³ Ein Teil der Wohnungen wurde an private Investoren verkauft. Diese übertrugen die Betreuung der Wohnungen an mehrere Wohnungsverwaltungen. Die US-amerikanische Schule wurde in eine integrierte Gesamtschule umgewandelt.

Der großzügige Wohnungszuschnitt machte die Wohnungen für kinderarme Familien in Osterholz-Scharmbeck wenig attraktiv. Viele ansässige Bürger und Bürgerinnen von Osterholz-Scharmbeck mit großen Familien bevorzugten andere Wohnformen als die schlichten Wohnblocks in der Drosselstraße. Ein Teil der Wohnungen wurden vom Sozialamt vergeben oder für den Mietzuschuss aus Sozialleistungen genehmigt, darunter auch an Migranten und Migrantinnen, besonders solche mit dem Aufenthaltsstatus »Duldung«. Die Wohnungen in der Mozartstraße wurden auf ähnliche Weise neu vermietet. Der billige Wohnraum führte zu einer Konzentration sozial benachteiligter Familien in beiden Quartieren.

Eine Folge dieser Entwicklung war zunächst, dass die Einwohnerzahl der Stadt auf ihre heutige Größe wuchs. Der Zuzug in die Drosselstraße ist in den vergangenen 10 Jahren vor allem durch Migration geprägt. Seit Januar 2001 zogen aus dem Ausland 273 Deutsche und 656 Ausländer und Ausländerinnen nach Osterholz-Scharmbeck, wovon

	Tabelle 1: Ausländer/-innen in Stadt und Quartier						
	Osterholz-Scharmbeck			Drosselstraße			
Staatsangehörigkeit (nur nicht-deutsch)	Personen	Rang	Anteil an der ausländ. Bevölkerung in Osterholz-Scharmbeck	Personen	Rang	Anteil an der ausländ. Bevölkerung im Quartier	Anteil an der Bevölkerung mit gleicher Staatsangehörigkeit in Osterholz-Scharmbeck
türkisch	420	1	29,31 %	160	1	49,23 %	38,1 %
libanesisch	96	3	6,7 %	58	2	17,85 %	60,42 %
syrisch	59	4	4,12 %	34	3	10,46 %	57,63 %
serbisch und montenegrinisch (ohne kosovarisch)	99	2	6,91 %	18	4	5,54 %	18,18 %
russisch	k.A.	–	–	7	5	2,15 %	–
polnisch	96	3	6,7 %	k.A.	–	–	–

im November 2011 noch 150 Deutsche und 244 Ausländer⁴ verblieben sind. Ein Teil des Zuzugs erklärt sich aus dem Familiennachzug, da junge Migranten in Osterholz-Scharmbeck bis heute häufig Frauen aus ihren Ursprungsländern heiraten.

In der Drosselstraße wohnen 735 Personen⁵ mit Hauptwohnung, davon 325 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (44%). Davon sind 173 Personen männlichen und 152 weiblichen Geschlechts: ein deutlicher Männerüberschuss. Dagegen liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in Osterholz-Scharmbeck bei nur 4,5% (1433 Personen), was die große Konzentration in der Drosselstraße deutlich macht. In der Drosselstraße leben 23% der Einwohner der Stadt mit ausländischem Pass. Der hier statistisch nicht erfasste Migrantenanteil in der Drosselstraße liegt jedoch wesentlich höher, da ein Teil der Anwohner und Anwohnerinnen bereits die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hat.

Die Übersicht (Tabelle 1) zeigt die häufigsten Herkunftsländer in Osterholz-Scharmbeck und in der Drosselstraße speziell.

Deutlich ist der hohe Anteil von Ausländern aus dem östlichen Mittelmeerraum unter den ausländischen Anwohnern und Anwohnerinnen der Drosselstraße. Dies gilt auch im Vergleich zur Verteilung der Nationalitäten in der Stadt insgesamt. Aus dem östlichen Mittelmeerraum stammen 34% der Bevölkerung der Drosselstraße und knapp 78% der in der Drosselstraße wohnenden Personen mit ausländischem Pass. Außerdem wohnen jeweils mehr als die Hälfte der libanesischen und syrischen Migranten, die nach Osterholz-Scharmbeck gezogen sind, in der Drosselstraße. Da zwar Staatsangehörigkeit, aber ethnische Zugehörigkeit (aus gutem Grund) statistisch nicht erfasst wird, wird nicht aus diesen Zahlen – jedoch aus der Kenntnis der Lage vor Ort – deutlich, dass innerhalb der eingewanderten Bevölkerung aus der Türkei, dem Libanon und aus Syrien, die sich in der Drosselstraße niedergelassen haben, Kurden die größte Gruppe bilden.

Neben Muslimen treten Yeziden, eine in Kurdistan verbreitete Religionsgemeinschaft, als eine deutlich erkennbare religiöse Gruppierung hervor, die in Osterholz-Scharmbeck auch vereinsmäßig organisiert ist. Interessant ist auch die Altersstatistik (siehe Tabelle 2).

	Tabelle 2: Kinder und Jugendliche in Stadt und Quartier			
	Osterholz-Scharmbeck gesamt		Nur Drosselstraße	
Altersgruppe	absolut	Anteil Gesamtbevölkerung der Stadt [%]	absolut	Anteil Gesamtbevölkerung des Quartiers [%]
0–11	2768	8,78 %	148	20,14 %
12–16	1467	4,66 %	65	8,84 %
17–18	404	1,28 %	22	2,99 %

Diese Übersicht zeigt, dass der Anteil junger und sehr junger Altersgruppen im Quartier Drosselstraße wesentlich höher ist als in der Stadtbevölkerung. Insgesamt wohnen etwa 5% der Kinder und Jugendlichen von Osterholz-Scharmbeck in der Drosselstraße. Ihr Anteil an der Wohnbevölkerung ist jedoch deutlich mehr als doppelt so hoch als in der übrigen Stadtbevölkerung. Dies macht den Kinderreichtum der im Quartier lebenden Familien deutlich.

In der Drosselstraße wächst also ein signifikant hoher Anteil der zukünftigen Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt heran, die jedoch gleichzeitig vergleichsweise wenig Anteil am gesellschaftlichen Leben ihrer Heimatstadt nehmen:

- ihre Eltern sind häufig Migranten und Migrantinnen,
- sie bleiben in ihrem Quartier »unter sich« und sie gehören im wesentlichen *einem* Kulturraum an,
- die Bevölkerung im Quartier ist sozial schwach,
- es sind überwiegend Männer aus stark patriarchalisch geprägten Gesellschaften,
- ihre Eltern sind tendenziell weniger in der Lage, junge Menschen in gewachsene Strukturen der Stadt einzuführen.

Im Jahre 2002 wurde Osterholz-Scharmbeck in das Bundesländerprogramm »Soziale Stadt« aufgenommen. Dies ermöglichte es der Stadt, zusätzliche Mittel für soziale Maßnahmen einzuwerben. Die Mozartstraße und die Drosselstraße wurden in der Planung zu einem Sanierungsgebiet vereint, um in der Kleinstadt ein hinreichend großes Wohngebiet zu schaffen, für das Fördermaßnahmen genutzt werden können. In der Mozartstraße ist im Jahr 2011 mit dem Abriss alter Wohnblocks begonnen worden. Ein zunächst vorgesehener Rückbau der Tiefgarage in der Drosselstraße wird aus rechtlichen⁶ und finanziellen Gründen voraussichtlich in naher Zukunft nicht möglich sein.

2.2. Die Entwicklung der Situation in der Drosselstraße

Bereits zur Zeit der Besiedelung der Drosselstraße durch Angehörige von Militärpersonal war das Quartier eine »fremde Welt« in der Stadtgesellschaft von Osterholz-Scharmbeck. Es wird von Fällen von Drogenhandel berichtet, in die Anwohner der Drosselstraße verwickelt waren. Eine personelle Kontinuität im Drogenhandel über diese Phase hinweg kann zwar ausgeschlossen werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass sich die Kenntnis der Eignung der Drosselstraße für den Drogenhandel überregional erhalten hat. Die Nähe großer europäischer Hafenstädte, die als Zugangswege für Drogen gelten, und die Lage im Grenzgebiet zwischen zwei Bundesländern und damit getrennten Zuständigkeitsbereichen von Landespolizeien

sind geografische Bedingungen, die in die Entwicklung der Drosselstraße hineinwirken. Zusätzlich bot die im Zentrum des Quartiers angelegte unübersichtliche Tiefgarage als »Drive-in« für Händler und ihre Kunden einen geeigneten Drogenumschlagplatz.

Bereits aus der Zeit Ende der 1990er Jahre und nach dem Jahr 2000 wird von Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von Jugendlichen libanesisch-kurdischen Ursprungs aus der Drosselstraße und solchen mit osteuropäischem und südosteuropäischem Hintergrund berichtet, darunter auch Aussiedler aus Russland. Letztere wohnten vor allem in der Mozartstraße, so dass die gewaltförmigen Konflikte als Kämpfe zwischen Banden der Drosselstraße und der Mozartstraße bezeichnet wurden. Es wird vermutet, dass es sich bei diesen Konflikten um Verteilungskämpfe handelte, bei denen libanesisch-kurdische Jugendliche schließlich die Oberhand behielten, die sich in der Folge wenig behelligt im Drogenhandel etablieren konnten. Ihnen kamen zudem Kontakte zur libanesisch geprägten Drogenszene in Problemvierteln im Norden Bremens und die gute verkehrstechnische Anbindung dorthin zu Gute.

Begünstigt wurde die Entwicklung eines kriminellen Milieus im Bereich des Drogenhandels ferner durch die soziale Situation des Quartiers, gekennzeichnet durch die Verknüpfung unterschiedlicher Faktoren:

- Wirtschaftlich schwache Familien stellen einen großen Teil der Bevölkerung.
- Viele Familien verfügten zunächst nur über eine sogenannte »Duldung« als Aufenthaltsstatus⁷.
- Dadurch war ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt und
- sie lebten mit ungeklärter Perspektive in Deutschland, da diese Duldung jederzeit in eine Ausweisung oder Abschiebung umgewandelt oder aber unbegrenzt verlängert werden kann.
- Der unsichere Status und der damit einhergehende Verlust wirtschaftlicher Selbstbestimmtheit führt zu einer Erosion der Autorität patriarchaler Familienoberhäupter, die in den Augen ihrer Söhne als Versager wirken, ohne dass ihre ursprüngliche Machtposition anderweitig gefüllt wird.
- Gleichzeitig erhält sich das Patriarchat vor allem durch die Kontrolle weiblicher Sexualität (z. B. Einfuhr von Ehepartnerinnen, eingeschränktes Auftreten von Frauen im öffentlichen Raum, arrangierte Ehen), was die Möglichkeiten von Frauen, den Kontakt ihrer Kinder zur weiteren Gesellschaft zu fördern, dramatisch reduziert (z. B. aufgrund von Mangel an Sprachkenntnissen und staatsbürgerlicher Kompetenz).

- Personen mit Duldung stehen dem Arbeitsmarkt nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.
- Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in einer Familie bestimmt die Höhe dieser Transferleistungen; sie werden von ihren aus ländlichen Regionen stammenden Familien jedoch oft nicht als sich entwickelnde individuelle Personen wahrgenommen und entsprechend gefördert.⁸

Einzelne Beobachter weisen auch auf die Rolle der Hartz-IV-Gesetzgebung als Einfluss auf die Entwicklung der Situation in der Drosselstraße hin: Die Zusammenfassung von Transferempfängern in Familien, die Leistungen über Familienoberhäupter empfangen, führte zu erhöhtem wirtschaftlichen Druck auf junge Männer in Zuwandererfamilien, die ihre Möglichkeiten der unabhängigen Familiengründung und ihren Status bedroht sahen. In der Tat wird von jungen Anwohnern immer wieder berichtet, dass zur Schau gestellter Besitz von Statussymbolen unter ihren männlichen Altersgenossen üblich sei und dass sie durch Drogenhandel und Diebstahl erworbenes Geld in Autos oder teure Uhren investierten.

Das Quartier Drosselstraße wurde von der Stadtgesellschaft nur wenig wahrgenommen und immer mehr zu einem Fremdkörper. So konnte sich dort eine Gemeinschaft bilden, die statt integriert zu werden zur Desintegration ihrer Mitglieder beitrug.⁹ Dieses von Ralph Ghadban am Beispiel libanesischer Flüchtlinge in Berlin beschriebene Phänomen gesellschaftlicher Moderne zeigt sich auch in Osterholz-Scharmbeck: Die Unstimmigkeit zwischen kulturell und soziopolitisch gesetzten anspruchsvollen Zielen einer demokratischen Gesellschaft und den Migranten zur Verfügung gestellten Mitteln zur Realisierung dieser Ziele erzeugt bei diesen einen starken Bezug auf kulturelle Identität.¹⁰ In der Drosselstraße sind verschiedene, sich teilweise überschneidende Ebenen kollektiver Identitätsbildung festzustellen: Ethnizität bei Kurden, nationale Herkunft bei Türken u. a., Religion bei Yeziden, Zugehörigkeit zum Quartier bei einem Großteil der Migrationsbevölkerung. Dieser durch Zugehörigkeit zum Quartier bestimmte Identitätsbezug wird auch noch von Personen beschrieben, die bereits mehrere Jahre nicht mehr in der Drosselstraße wohnen.

Die Diskriminierungserfahrung sowie die Unfähigkeit, sich in lokal gewachsenen Strukturen zu organisieren, fördert den Rückgriff auf bzw. die Bildung von eigenen Organisationsformen.¹¹ Dazu gehören Nachbarschaftsstrukturen, Peergroups, Banden, Familienclans – all diese Formen sind in der Drosselstraße beobachtbar. Es entstand der Anspruch, Konflikte zunächst in der Gemeinschaft selbst zu lösen, ohne staatliche oder gesamtgesellschaftliche Institutionen hinzuzuziehen.

Bei der Nutzung dieser Organisationsformen machen sich die Betroffenen ein Ziel moderner Gesellschaft, nämlich die Freiheit, eigene Lebensweisen auch im Widerspruch (jedoch nicht zum Schaden) zu anderen aufrecht zu erhalten, zu Nutze. Es ist also ein Missverständnis, hier von archaischen Lebensweisen zu sprechen. Vielmehr ist hier eine Anpassungsleistung an eine Empfangsgesellschaft festzustellen, die von sich aus keine geeigneten Mechanismen geschaffen hat, die Aufnahme ihrer Neubürger und Neubürgerinnen zu steuern. Osterholz-Scharmbeck wurde erst auf das Quartier aufmerksam, als in der auf diese Weise desintegrierten Gemeinschaft Gesetze gebrochen wurden.

Die Existenz eines rechtsfreien und von Kriminalität geprägten Raums in der Drosselstraße wurde mehrere Jahre lang nicht ausreichend beachtet. Im Jahre 2006 entwickelte der Leiter des Polizeikommissariats Osterholz mit Rückhalt seiner Vorgesetzten eine neue Strategie, die diese Entwicklung nicht weiter tolerierte bzw. mit Ermittlungen und Zwangsmaßnahmen gegen kriminelle Handlungen anging. Ab dem 23.07. 2007 bis zum 22.01. 2009 wurde die Drosselstraße mehrmals verlängert polizeilich zum »verrufenen Ort« erklärt. Hierbei handelt es sich um eine Legaldefinition aus dem Gefahrenabwehrrecht (nicht Strafrecht), die im Niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds SOG) verankert ist. Dort ist in § 13 Abs. 1 Nr 2 von Örtlichkeiten die Rede, an denen sich Personen aufhalten, und »Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen«, dass sie dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben werden.¹²

Die mit diesem Status einhergehenden »Sonderrechte« gaben den eingesetzten Beamten Handlungssicherheit im Rahmen der »Null-Toleranz-Strategie«, mit der gegen Straftaten vorgegangen wurde. Kontrollen wurden in den ersten Monaten sehr häufig eingesetzt, um auch auf diese Weise deutlich zu machen, dass Gesetze auch in der Drosselstraße gelten und kein rechtsfreier Raum besteht. Das erwünschte Signal wurde verstanden. Gleichzeitig nutzte sich das Instrument ab, da es sich um eine vergleichsweise kleine Personengruppe handelt, gegen die Kontrollen eingesetzt wurden.

Die folgende Übersicht macht die verhältnismäßig hohe Zahl festgestellter Straftaten¹³ in der Drosselstraße in den Jahren 2007–2008 deutlich (siehe Tabelle 3).

In den Jahren bis 2006 lag die Zahl der in der Drosselstraße festgestellten Straftaten noch deutlich unter dem Durchschnitt in der Stadt Osterholz-Scharmbeck. Die Jahre 2007 und 2008 fallen dann mit dem Höhepunkt der Ermittlungen zusammen. Auch in den Jahren 2010 und

	Tabelle 3: Anzahl der Straftaten				
	Landkr. Osterholz	Stadt Osterholz-Scharmbeck		Drosselstraße	
	absolut	absolut	Anzahl/100 Einw.	absolut	Anzahl/100 Einw.
2001	5992	2354	7,47	45	6,12
2002	6364	2347	7,45	38	5,17
2003	6384	2323	7,37	47	6,39
2004	6664	2284	7,25	43	5,85
2005	6559	2346	7,44	28	3,81
2006	6652	2306	7,32	42	5,71
2007	6894	2747	8,72	67	9,12
2008	6657	2486	7,89	70	9,52
2009	6652	2383	7,56	52	7,07
2010	6207	2012	6,38	57	7,76
2011	6370	2154	6,84	55	7,48

2011 liegt das Niveau der Straftaten in der Drosselstraße noch über dem städtischen Durchschnitt. Die Auswertung einzelner Tatbestände legt allerdings nahe, dass von Anwohnern der Drosselstraße auch andernorts Straftaten begangen wurden, besonders in den Bereichen Diebstahl, Einbruch und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Eine Analyse der begangenen Straftaten zeigt, dass in der Drosselstraße bis zum Jahre 2004 – wie im übrigen Stadtgebiet bis heute – noch verschiedene Formen des Diebstahls im Vordergrund standen. Seit 2005 rücken Körperverletzung und Sachbeschädigung als Sachbestände stärker in den Vordergrund, also Taten, die Gewaltanwendung beinhalten. Mittlerweile stehen mehrere, vor allem junge Anwohner/-innen wegen Drogenkriminalität vor Gericht, andere werden wegen Einbruchs strafverfolgt. In allen Fällen waren sie in Banden organisiert.

Berichte über Straftaten, die in der Drosselstraße ihren Ursprung haben, sorgten für einen Imageverlust des Quartiers und zur Stigmatisierung der Anwohner und Anwohnerinnen aufgrund ihres Wohnorts. Der schlechte Ruf des Quartiers führte zu einem Verlust des Verkaufswerts der Wohnungen in der Drosselstraße. Durch den Abriss und die Sanierung der Gebäude in der Mozartstraße, der von den Anwohnern der Drosselstraße mit Skepsis beobachtet wird, ziehen dortige Anwohner/-innen in die Drosselstraße.

2.3. Die Situation in der Drosselstraße als Konflikt

»Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei wenigstens ein Akteur Differenzen (Unterschiede, Widersprüche, Unvereinbarkeiten) im Wahrnehmen und im Denken/Vorstellen/Interpretieren und im Fühlen und im Wollen mit dem anderen Akteur (den anderen Akteuren) in der Art erlebt, dass im Realisieren eine Beeinträchtigung durch den anderen Akteur (die anderen Akteuren) erfolge.«¹⁴

Die Situation der Drosselstraße kann im Sinne eines gesellschaftlichen Konflikts beschrieben werden. Der Organisationsberater und Konfliktforscher Friedrich Glasl beschreibt einen sozialen Konflikt als eine Interaktion zwischen Akteuren, wobei mindestens ein Akteur eine Störung in Bezug auf sein Fühlen, Wahrnehmen, Wollen und/oder Handeln wahrnimmt und sich beeinträchtigt fühlt in dem, was er/sie tut oder beabsichtigt zu tun. Nach diesem Verständnis unterscheidet sich ein Konflikt von Gewalt, die zwar nicht am Anfang von Konflikten steht, jedoch oft als erstes bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in das Blickfeld kommt und dann dazu führt, dass ein Konflikt erstmalig ernst genommen wird.

Zwar können Konflikte gewaltförmig oder gewaltträchtig sein, d. h. mit Gewalt verbunden sein oder das Potenzial zu Gewaltanwendung besitzen, doch haben Konflikte grundsätzlich eine längere Geschichte: sie beginnen mit einer langsamen Eskalation und müssen nicht notwendigerweise in eine Krise münden, in der von einer oder mehreren Konfliktparteien Gewalt eingesetzt wird. Außerdem

haben Wissenschaftler wie Johan Galtung¹⁵ festgestellt, dass ein enges Wechselspiel zwischen direkter (personaler) Gewalt und indirekter (struktureller) Gewalt besteht: direkte Gewalt kann zu Gewaltstrukturen führen und auf strukturelle Gewalt wird von Beteiligten oft mit dem Einsatz von direkter Gewalt geantwortet, da sie sich davon eine hohe Wahrscheinlichkeit von Veränderungen erwarten oder da sie keine andere Möglichkeit der Konfliktaustragung erkennen.

Die Situation in der Drosselstraße hat den Charakter eines gesellschaftlichen Konflikts, der zwar nicht von allen Beteiligten als »Konflikt« bezeichnet wird, jedoch typische Elemente eines Konflikts aufweist: er wird von gegenseitigen Wahrnehmungen, von damit verbundenen Gefühlen und daraus resultierenden Vorwürfen und Handlungen bestimmt. Gewalt ist eine der von den Beteiligten eingesetzten Methoden der Konfliktaustragung.

Es handelt sich um einen sozialen Konflikt im Sinne Glasls zwischen Vertreter/-innen von Behörden, Politik und der Osterholz-Scharmbecker Bürgergesellschaft auf der einen Seite und den Anwohner/-innen der Drosselstraße, in dem es um gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration und Partizipation von Migrant/-innen in diese Bürgergesellschaft, aber auch um Vorstellungen über die Rolle des Staates vertreten durch Stadtverwaltung, Polizei und Landkreis geht. Dieser Konflikt spielt in einem komplexen System von Konflikttaktoren, ihren formellen und informellen Beziehungen, ihren Erfahrungen, Wünschen, Wahrnehmungen und konkreten Handlungen. Das Geschehen ist im Allgemeinen viel differenzierter als es von den meisten Beteiligten wahrgenommen oder öffentlich dargestellt wird.

Die soeben benannten Konfliktparteien treten allerdings nicht widerspruchsfrei oder gar sauber voneinander abgrenzbar miteinander in eine Konfliktbeziehung. Auf allen Seiten gibt es Akteure, die die benannten Konfliktlinien überschreiten und an Versuchen beteiligt sind, andere Umgangs- und Verständigungsformen als konfliktbedingte miteinander zu leben. Obwohl die Schärfe der Polarisierung zwischen den Hauptakteuren deshalb nicht zu einem klar abgegrenzten Gegenüber geführt hat, ist diese Polarisierung doch deutlich erkennbar, so dass von einer »Spaltung der Stadt« gesprochen werden kann.

Dies muss jedoch präziser beschrieben werden. Der **Hauptkonflikt** verläuft daher zwischen Vertreter/-innen von Institutionen, Vereinen, Politik etc. in Osterholz-Scharmbeck und Anwohnern und Anwohnerinnen der Drosselstraße, ihren Familien und ihren Gruppen über die Frage, wie im städtischen Alltag miteinander umgegangen werden soll.

Daneben gibt es eine Reihe von **Neben- und Folgekonflikten**, an denen alle oder ein Teil der Akteure beteiligt sind, die sich zum Teil sogar innerhalb der Konfliktparteien abspielen und die mit dem Hauptkonflikt im Zusammenhang stehen:

Schwierigkeiten der Behörden im Umgang mit den benannten Konflikten und in der behördenübergreifenden Abstimmung dazu: Eine gemeinsame Herangehensweise der betroffenen Behörden, ihre unterschiedlichen Bemühungen, die benannten Konflikte in abgestimmter Weise zu bearbeiten, wird angestrebt und bedarf der Ausformulierung. Es gibt daher bei Verantwortlichen Frustrationen aufgrund des Gefühls, mit der Problematik allein gelassen zu werden, und auch aufgrund unterschiedlicher Ansätze der Konfliktbearbeitung.

Drogen- und Beschaffungskriminalität: Zwar konnten wirksame Maßnahmen gegen einzelne Drogenhändler durchgesetzt werden, doch der Drogenhandel besteht weiter. Neue Banden bilden sich, die sich auf Einbruch spezialisieren und sogar überregional tätig werden. Dies wird auch in der Stadtgesellschaft wahrgenommen und verstärkt bestehende Stereotypen.

Durchsetzung von Gesetzen: Der Einsatz der Staatsgewalt zur Verbrechensbekämpfung setzte in der Vergangenheit eine Gewaltspirale in Gang. Vor dem Hintergrund eines Anspruchs im Quartier, »interne Probleme« auch intern lösen zu wollen, vielleicht gefördert durch die Staatserfahrungen aus den Herkunftsländern der Zuwanderer, wurde auf Polizeipräsenz mit der Gewalt der Straße geantwortet.

Ethnische und kulturelle Konflikte im Quartier: Auch innerhalb des Quartiers ist die multikulturell zusammengesetzte Gemeinschaft nicht widerspruchsfrei. Konflikte entstehen zum Beispiel zwischen Migrantengruppen unterschiedlicher nationaler oder ethnischer Herkunft; zwischen Familien, die eine ausgeprägte Integrationsperspektive entwickelt haben, und denjenigen, die diese Perspektive für sich nicht sehen; zwischen »Ausländern« und »Deutschen«; zwischen »fremdenfeindlichen Deutschen« und »ausländerfreundlichen Deutschen«.

Ausgrenzung, z. B. in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht: Ein Teil der Anwohner und Anwohnerinnen der Drosselstraße sieht sich als Opfer von Ausgrenzung. Ablehnungen bei Bewerbungen um Arbeitsplätze, geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, das Spielverbot für den Fußballverein Barispor etc. werden als Indizien für diese Ausgrenzung gewertet.

Zukunftsperspektiven, z. B. Bildung: Teilhabe an Bildung wird von jungen Anwohnern und Anwohnerinnen als Möglichkeit gesellschaftlichen Aufstiegs gesehen. Doch nicht alle können diese Möglichkeit wahrnehmen. Es gibt Neid und Ausgrenzung.

Generationenkonflikte im Quartier: Die Autorität der Eltern-generation bei Migranten schwindet aufgrund ihrer schwierigen gesellschaftlichen Stellung. Kenntnis der deutschen Sprache gibt ihren Kindern mehr Einfluss. Eltern verlieren daher werteorientierenden Einfluss auf ihre Kinder, besonders heranwachsende Männer, die sich eher an Gleichaltrigen orientieren und in entsprechenden Gruppen organisieren.

Während Gewalt und Kriminalität einen Teil dieses Konfliktgeschehens in den Vordergrund rücken, bleibt ein wichtiger Teil wenig sichtbar oder ist sogar nur latent vorhanden.¹⁶ Um wirkungsvoll auf die Situation Einfluss nehmen zu können, muss sich die Wahl der Maßnahmen an einer Konfliktanalyse orientieren, die auch die strukturellen Probleme in den Blick nimmt, nicht aber an einer vordergründigen Bekämpfung der Gewalt. Diese Konfliktbeschreibung wird daher als Grundlage zur Bewertung der durchgeführten Maßnahmen herangezogen.

2.4. Das Konfliktgeschehen: Wahrnehmungen, Einstellungen und Handlungen einzelner Akteure

Konflikte sind Teil eines Systems, dessen Elemente sich gegenseitig bedingen und einer Dynamik unterliegen, die Konflikt verschärfend oder Konflikt reduzierend wirken. Einstellungen und Handlungen unterschiedlicher Akteure haben einen Einfluss auf die Situation, die Strukturen in der Drosselstraße sowie auf die Konfliktodynamik. Sie sind oft in sich widersprüchlich, stehen in Widerspruch zueinander und beleuchten nur Teilaspekte der Problematik. Die Gespräche in Osterholz-Scharmbeck im Rahmen dieser Studie haben deutlich gemacht, dass gegenseitige Wahrnehmungen durch ein Kommunikationsdefizit gekennzeichnet sind, das auch durch einzelne (positiv wahrgenommene!) Aktionen von unterschiedlicher Seite bislang nicht gebrochen werden konnte. Das Kommunikationsdefizit hat strukturelle Ursachen:

- Erfahrung des Duldungsstatus
- Erfahrung von Ablehnung bei Polizeibeamten wie auch bei Jugendlichen
- Einsatz von auswärtigen Polizeikräften mit wenig Kenntnis der Dynamik
- Festhalten an sozialen Strukturen, die die eigene Gruppenzugehörigkeit betonen¹⁷
- Arbeitsmarktprobleme
- Bildungsprobleme

Für die wichtigsten Akteure sollen ihre Wahrnehmungen, Einstellungen und Haltungen und deren Einfluss auf andere Akteure hier beschrieben werden.

Anwohner und Anwohnerinnen der Drosselstraße:

Die die Situation in der Drosselstraße bestimmende Bevölkerungsgruppe setzt sich aus etwa 12 bis 14 Familien mit Migrationshintergrund zusammen. Sie haben ihren Ursprung im Libanon, der Türkei und in Syrien und sind überwiegend kurdischen, aber auch arabischen Hintergrunds. Die Familienverbände sind häufig Teil verwandtschaftlicher Beziehungsnetze, die weit über das Quartier hinaus bis nach Bremen und nach Nordrhein-Westfalen organisiert sind. Verbindungen in die Heimatländer werden vor allem bei Kurden aus der Türkei gehalten. Sehr häufig hatten diese Familien über lange Zeit einen ungeklärten Aufenthaltsstatus. Der Erteilung einer »Duldung« erlaubte ihnen in den meisten Fällen keine Arbeitsaufnahme und machte sie von Transferleistungen abhängig.

Eine besondere Rolle spielen männliche jugendliche Anwohner, die sich in Peergruppen (»Cliques«) organisiert haben. Die älteren Jugendlichen unter den männlichen Anwohnern übernehmen für die jüngere Generation die Vorbildfunktion, die ihre Eltern nicht mehr ausüben können, da sie keine in der deutschen Gesellschaft Erfolg versprechenden Lebensmodelle repräsentieren. Unter ihnen sind straffällig gewordene junge Männer und Jugendliche die, obwohl nur ein verschwindender Anteil der Anwohner und Anwohnerinnen, in der Quartiersöffentlichkeit sehr präsent sind. Mädchen und Frauen treten kaum als Akteure in Erscheinung.

Wenn es das Wetter erlaubt, halten sich vor allem, aber nicht ausschließlich, Männer im Quartier außerhalb ihrer Wohnungen auf. Dies gilt zu allen Jahreszeiten für Kinder und männliche Jugendliche, die sich untereinander überwiegend nur hier treffen können. Sich gegenseitig zu Hause zu besuchen, ist bei jungen unverheirateten Männern tendenziell eher unüblich, da die Wohnung als der engere Familienraum gilt und besonders den weiblichen Familienangehörigen vorbehalten ist. Im Frühjahr und Sommer dienen die Rasenflächen im Quartier allen Familienangehörigen z. B. zur Organisation von Picknicks.

Der Fußballverein Barispor spielt eine wichtige Rolle als Organisationsform für junge Männer und hat ausschließlich Spieler mit Migrationshintergrund, überwiegend Kurden. Spieler bei Barispor zu sein bedeutet Prestige und zieht Anerkennung nach sich. Es gibt allerdings keine Jugendmannschaften und die Organisation des Vereins ist noch schwach entwickelt. Indem der Verein Spieler und Fans bindet und sie in den sportlichen Wettkampf mit anderen Vereinen auf regionaler Ebene einbringt, könnte

Barispor zu einem wichtigen Instrument der Integration werden. Das fehlende Management von Spielerverhalten und unsportliches Verhalten seiner Fans haben in der Saison 2010/2011 dazu geführt, dass Barispor durch den Kreisfußballverband vorübergehend vom Heimspielbetrieb ausgeschlossen wurde. Als Folge nahmen Einnahmen durch Sponsoren ab und mehrere junge Sportler aus dem Quartier orientierten sich zu anderen Vereinen der Umgebung. Eine Beratung von Barispor durch eine konzertierte Aktion des Jugendhauses »Am Pumpelberg« und der Polizei half dem Verein, Managementfehler zu bearbeiten und in der Saison 2011/2012 wieder zum Spielbetrieb zugelassen zu werden.

Die Beteiligung der Anwohner und Anwohnerinnen mit türkisch-kurdischem, syrischem und libanesischem Hintergrund am Konfliktgeschehen ist bestimmt durch Opferhaltung und Versuche, in bestimmten Bereichen Kontrolle über das eigene Leben wieder zu erlangen. (siehe Darstellung 1)

Andere Anwohner und Anwohnerinnen treten kaum in Erscheinung. Vor einigen Jahren gab es eine Gruppe von deutschen Familien, die im multikulturellen Zusammenleben in der Drosselstraße etwas Besonderes sahen und diese Beziehungen entwickeln wollten. Ein Teil dieser Personen wohnt nicht mehr dort, da sie sich von der restlichen deutsch-stämmigen Bevölkerung unter Druck gesetzt fühlten. Dieser Druck wurde beispielsweise dadurch ausgeübt, dass bei der Polizei dahingehend Anzeige erstattet wurde, dass Wohnungen zweckentfremdet als Treffpunkte für Mutter-Kindgruppen genutzt würden. Viele Anwohner und Anwohnerinnen sind über das negative öffentliche Bild der Drosselstraße besorgt und schreiben den Wertverlust ihrer Wohnungen dem hohen »Ausländeranteil« im Quartier zu. Auch wenn es weiterhin gute Kontakte zwischen einzelnen Personen unterschiedlicher Herkunft gibt, ist das beherrschende Bild hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Quartierbevölkerung mit und ohne Migrationserfahrung eines der Kontaktlosigkeit.

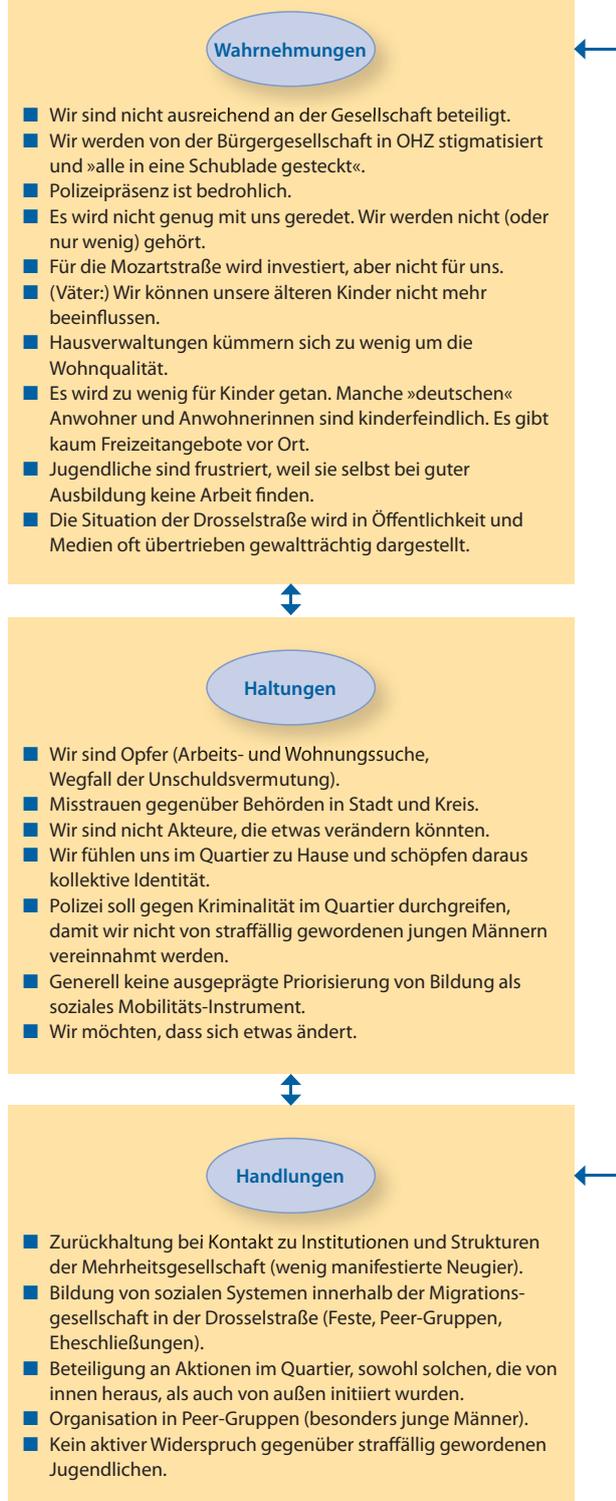
Die Konfliktbeteiligung der Anwohner und Anwohnerinnen, die keine Migrationserfahrung haben, stellt sich in Darstellung 2, Seite 16 dar.

Stadtverwaltung:

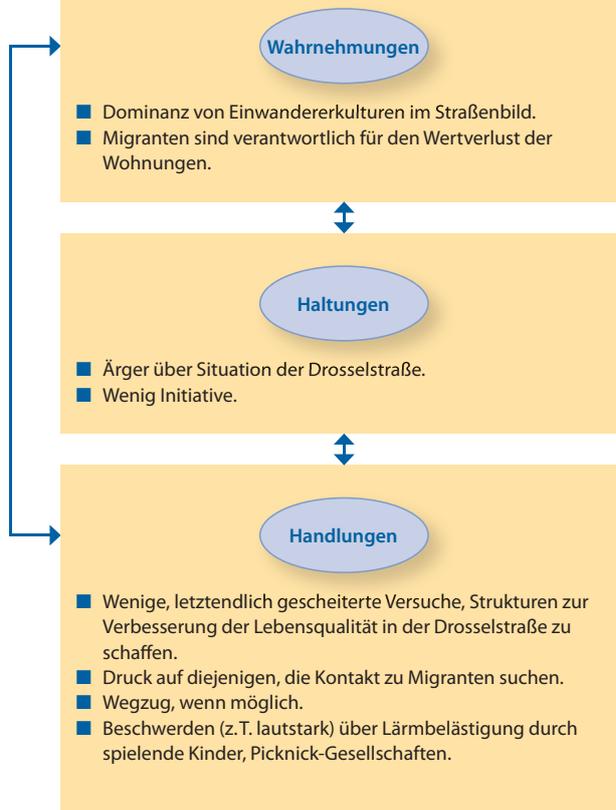
Die Stadt Osterholz-Scharmbeck und ihr Bürgermeister haben erkannt, dass die Situation der Drosselstraße ein gesellschaftliches Problem darstellt, für das die Stadt insgesamt Verantwortung übernehmen muss. Dies geschieht auf unterschiedliche Weise:

a) Die Stadtverwaltung in Osterholz-Scharmbeck initiiert und führt Projektmaßnahmen im Rahmen von »Soziale

Darstellung 1: Konfliktbeteiligung der Anwohner und Anwohnerinnen mit Migrationshintergrund



Darstellung 2: Konfliktbeteiligung der Anwohner und Anwohnerinnen ohne Migrationserfahrung



Stadt« und »Stärken vor Ort«¹⁸, »LINES« zur Schaffung eines lokalen Inklusionsnetzwerkes, der BIWAQ-Integrationswerkstatt sowie eine kontinuierliche Beratung für Zugewanderte durch, die auch die Drosselstraße betreffen und will über den Bildungs-Campus die Dynamik in der Drosselstraße positiv beeinflussen. Das »Haus der Kulturen« in der nahe gelegenen Mozartstraße macht Angebote in den Bereichen Weiterbildung (z. B. Sprache) und Begegnung, die auch für die Drosselstraße offen sind.

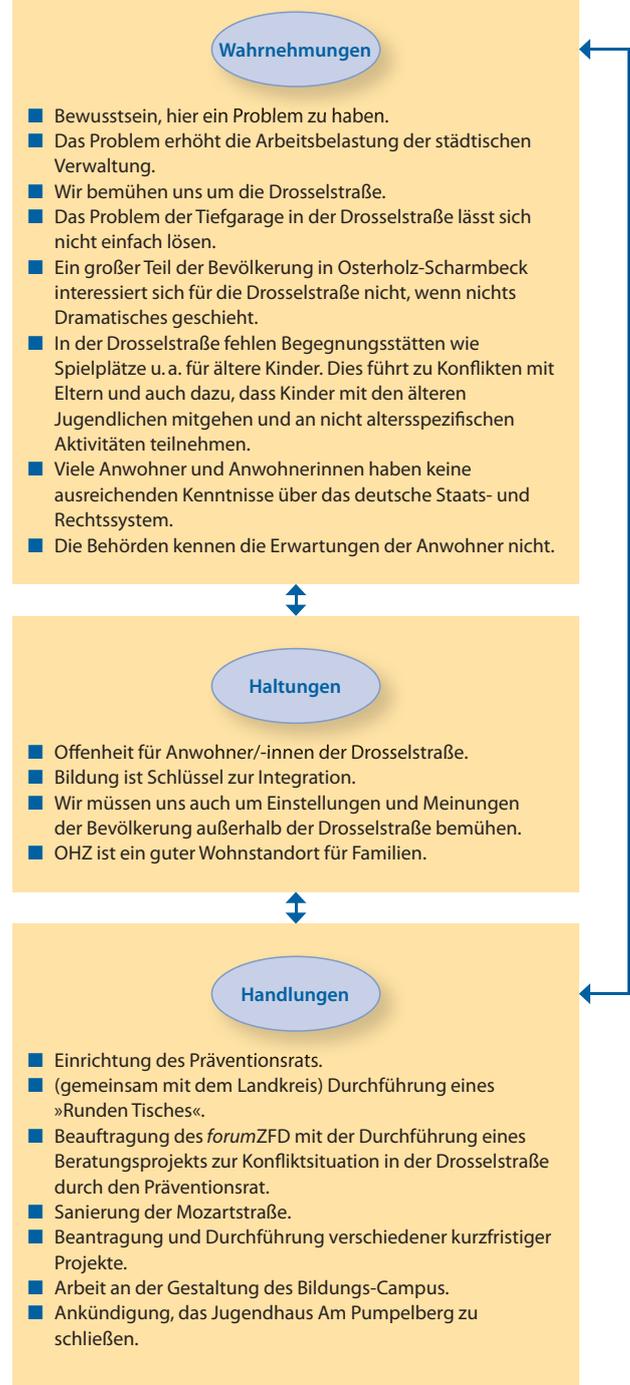
- b) Das Jugendhaus Am Pumpelberg ist als städtische Einrichtung ein wesentlicher Treffpunkt für junge Jugendliche aus der Drosselstraße und auch ein Fenster zur Stadtgesellschaft. Etwas weiter entfernt gelegen bietet das Jugendzentrum »M56« einen weiteren Anlaufpunkt für Freizeitaktivitäten von Jugendlichen.
- c) Die Stadt unterhält in einer Wohnung in der Drosselstraße ein Stadtteilbüro, das für Kursangebote (überwiegend Sprachangebote) genutzt wird. Ein Streetworker wurde eingestellt.
- d) Der Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität in Osterholz-Scharmbeck wurde am 13. 12. 2007 vom Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck beschlossen. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters versammelt er Entschei-

dungsträger und Entscheidungsträgerinnen der Behörden. Eine Initiative des Präventionsrats war in 2010 die Organisation eines »Runden Tisches« mit Vertretern von Migranten aus dem Umfeld der Drosselstraße.

- e) Der Bürgermeister sucht den persönlichen Kontakt mit Anwohnern und Anwohnerinnen in der Drosselstraße, z. B. bei Stadtteilstellen oder anderen Gelegenheiten des öffentlichen Lebens.

Die Stadtverwaltung nimmt auf folgende Weise am Konflikt teil (siehe Darstellung 3).

Darstellung 3: Konfliktbeteiligung der Stadtverwaltung





Darstellung 4: Konfliktbeteiligung der Kreisverwaltung

Wahrnehmungen

- Bewusstsein, hier ein Problem zu haben.
- Wir sind manchmal mit Menschen konfrontiert, die uns als Institution ablehnen.
- Anwohner und Anwohnerinnen des Quartiers scheinen zu denken, dass sie von Behörden anders als andere Bürger und Bürgerinnen behandelt werden.
- Es geschieht noch zu wenig zum Thema Drosselstraße.
- Wir werden von Bürgern und Bürgerinnen (von außerhalb des Quartiers) für die Situation (mit-) verantwortlich gemacht.
- Informationen fließen nicht ausreichend zwischen den einzelnen Behörden, sowie zwischen Behörden und Anwohnern/-innen.



Haltungen

- Wir sind uns zu spät bewusst geworden, dass in der Drosselstraße etwas nicht gut läuft.
- Wir möchten mit den Anwohnern und Anwohnerinnen der Drosselstraße so umgehen können wie mit anderen Bürgern und Bürgerinnen auch.
- Wir möchten die Anwohner und Anwohnerinnen der Drosselstraße besser kennen lernen und dass sie sich von uns wahrgenommen fühlen.
- Keine Frontenbildung: Anwohner und Anwohnerinnen der Drosselstraße sollen Staat nicht nur als repressiv erleben.
- Wir können nur sehr bedingt in städtische Angelegenheiten eingreifen.
- Offenheit für Anwohner/-innen der Drosselstraße.



Handlungen

- Durchführung eines »Runden Tisches« (gemeinsam mit der Stadt).
- Beteiligung am Präventionsrat der Stadt.
- Abstimmung von die Drosselstraße betreffenden Ausländerangelegenheiten mit anderen Mitgliedern des Präventionsrats.
- Öffentliche Anerkennung von Einbürgerung (Feier und Presse).
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden interkulturell geschult.
- Kontinuierlicher direkter Austausch mit Polizei und/oder Stadt zu Einzelfällen.

Kreisverwaltung:

Der Landkreis Osterholz ist besonders durch das Dezernat 3, Bauen, Ordnung, Umwelt (mit Ordnungsamt inkl. der Ausländerbehörde) und das Dezernat 2, Soziales, Jugend, Gesundheit (mit dem Sozial- und Jugendamt) involviert und strebt eine Situation an, in der der verwaltungsmäßige Kontakt zu Anwohner/-innen der Drosselstraße so normal stattfindet wie mit anderen Kreisbewohner/-innen auch. Die Kreisverwaltung nimmt auf folgende Weise am Konfliktgeschehen teil (siehe Darstellung 4).

Politische Parteien:

Im Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck sind folgende politische Parteien vertreten: SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Bürgerfraktion und Die Linke. Die Sitzverteilung im Stadtrat ist über die vergangenen Jahre mit nur geringen Schwankungen stabil geblieben: (Die nächste Wahl zum Stadtrat ist für den September 2016 vorgesehen.) (siehe Tabelle 4, Seite 18)

Zum Thema Drosselstraße gibt es kaum Differenzen zwischen den politischen Parteien. Einzelne Politiker und Politikerinnen haben Kontakte zu Anwohnern und Anwohnerinnen des Quartiers, aber nur sehr wenige haben intensive Kontakte. Über diese individuellen Zugänge hinausgehend hat es keine Entwicklung von Konzepten zum Umgang mit der Thematik gegeben. Politische Parteien haben bislang jedoch auch eine kontroverse Politisierung der Situation vermieden. Die Beteiligung von Lokalpolitik am Konfliktgeschehen ist in Darstellung 5 zu sehen (Seite 18).

	Tabelle 4: Ergebnisse der Wahlen zum Stadtrat						
	SPD	CDU	Grüne	FDP	Bürgerfraktion	Die Linke (vorher WASG)	Sitze gesamt
9. September 2001	20	11	2	1	4	–	38
10. September 2006	19	11	2	2	2	2	38
11. September 2011	18	10	4	1	3	2	38

Darstellung 5: Beteiligung von Lokalpolitik am Konfliktgeschehen

Wahrnehmungen

- Es gibt hier ein Problem.
- Von einer Spaltung der Stadt kann nicht gesprochen werden.
- Bei der Diskriminierung an der Supermarktkasse ist Sozialneid entscheidend, Menschen werden nicht aus ethnischen Gründen diskriminiert.
- Die deutschen Anwohner und Anwohnerinnen werden ausgegrenzt und nicht ausreichend gehört.
- Mehrsprachigkeit kann sowohl kulturelle Bereicherung sein als auch für manche ein Ärgernis, da sie sich ausgeschlossen fühlen.

Haltungen

- Thema ist wichtig, aber schwierig (Ratlosigkeit).
- Die Stadt ist nicht gespalten – wenn es diesen Eindruck gibt, mag das ein Eindruck sein. Die Kommunalpolitiker und Politikerinnen nehmen dies so nicht wahr und sehen die Stadt immer als Ganzes.
- Es ist wichtig zu vermeiden, alle Anwohner/-innen pauschal zu verurteilen, wenn nur wenige Personen straffällig geworden sind.
- Unterstützung der von der Stadtverwaltung eingeleiteten Schritte.
- Integration der Anwohner/-innen notwendig.
- Anwohner/-innen müssen sich bewegen und auf die Gesellschaft zugehen.
- Wir brauchen euch: Die Anwohner/-innen sollen die Stadtgesellschaft aktiv mitgestalten
- Gegenseitiger Respekt ist notwendig.

Handlungen

- Einzelne persönliche Kontakte zu Anwohner/-innen.
- Einsetzung eines Präventionsrats, auch mit dem Blick zur besonderen strategischen Bearbeitung der Situation in der Drosselstraße.
- Keine kontroverse Politisierung.
- Einstimmige Zustimmung von Kofinanzierungsmitteln für eine Fortsetzung der Beratungsarbeit durch das *forumZFD* im zuständigen Ausschuss und im Rat.

Polizei:

Die Polizei des Landes Niedersachsen mit ihrer Dienststelle in Osterholz-Scharmbeck, der Polizeinspektion Verden zugeordnet, vertritt eine Strategie der »Null Toleranz« gegenüber Kriminalität und beteiligt sich gleichzeitig an Bemühungen, mittelfristige Entspannung der Situation herbeizuführen. Sie hat hierzu den Sozialwissenschaftlichen Dienst der Polizei Niedersachsen zur eigenen Beratung eingeschaltet.

Die Polizei ist ein wesentlicher Konfliktakteur. Einerseits sind Polizisten und Polizistinnen als erste von Schwierigkeiten der Situation betroffen, fühlen sich bedroht und geraten an ihre persönlichen Grenzen. Andererseits hat das Verhalten der Polizei auch direkten Einfluss auf Eskalation und Deeskalation von Gewalt. Den Ermittlungen der Polizei ist eine zeitweise Eindämmung der Kriminalität zu verdanken, die von der Drosselstraße ausgeht.

Die Polizei des Landes Bremen ist nur indirekt über grenzübergreifenden Austausch mit der niedersächsischen Polizei beteiligt (siehe Kasten Seite 19).

Die Konfliktbeteiligung der Polizei in Osterholz-Scharmbeck wird in Darstellung 6 dargestellt (siehe Seite 20).



Sanierung der Mozartstraße

Aus Gesprächen mit Polizeibeamten

Kriminalität und Gewalt als Ausdruck unbearbeiteter Konflikte hat Auswirkungen auf das konkrete polizeiliche Handeln, aber auch auf die Stressbelastung der Polizistinnen und Polizisten. In standardisierten Interviews, geführt im ersten Quartal 2011, waren diese Auswirkungen der eskalierenden Situation im Quartier ein Thema: »Es gab Zeiten, da hat die Situation in der Drosselstraße einfach alles überstrahlt (...) Wir hatten zahlreiche Gefahrensituationen und auch eine Aussage, dass ein Polizeibeamter körperlich angegangen werden soll, (...) und das ist psychisch und auch was die Arbeitsbelastung angeht immens. (...) Also ich hatte Phasen, da bin ich nachts aufgewacht, weil ich glaubte, das Telefon hätte geklingelt und wieder sei was passiert...«

Neben der psychischen Belastung ist es die Bewältigung der alltäglichen polizeilichen Anforderungen, die durch die Konflikte im Quartier erschwert werden, wenn auch, wie die Beamtinnen und Beamten betonen, die Einsatzsituation inzwischen deutlich besser geworden sei:

»Nichtsdestotrotz haben wir bei Einsätzen die Situation, dass wir nicht mit einem Wagen fahren können, das heißt, wenn wir einen Einsatz in einer Wohnung oder einen Unfall dort haben, brauchen wir immer einen zweiten Wagen, eben weil die Gefahr besteht, dass wir mit zerstochnen Reifen sonst rechnen müssen. Das sind Sachen, die für uns im Einsatz nervig sind, das ist schwierig, weil wir ja oft nur zwei Fahrzeuge haben (...) und andere Einsätze dann erst mal offen bleiben und nach und nach abgearbeitet werden müssen. Also das ist schon anstrengend und personalintensiv.«

Diese Zitate verdeutlichen darüber hinaus Wesentliches: Die Polizei als die Institution im Staat, die Gewalt anwenden darf und anwenden muss, um Gewalt zu verhindern, eskaliert unter Umständen gerade durch dieses polizeiliche Handeln die Situation weiter. Ein Polizeibeamter drückt dies so aus:

»Irgendwann waren die Probleme so stark, (...) wir mussten tätig werden, rein repressiv – und aufgrund dieser repressiven Maßnahmen folgten dann ja Reaktionen des Gegenübers, Brandlegungen u. a. Woraufhin wir dann unsere polizeilichen Maßnahmen noch einmal verschärft haben

mit einer Null-Toleranz-Strategie um deutlich zu machen: »Hier ist jetzt Schluss«. Ein Staat kann nicht rechtsfreie Räume dulden. Aus diesem Grund sind wir dann massiv polizeilich vorgegangen. Stichwort: verrufener Ort, Aufenthaltsverbote, Razzia... Dies hat natürlich Wirkung gezeigt. Aber eben keine vertrauensbildende.«

Das Einschreiten der Polizei lässt den Konflikt allzu leicht als einen Konflikt zwischen der Polizei und dem Quartier erscheinen – mit der möglichen Folge, dass andere Institutionen sich für eine Konfliktbearbeitung nicht zuständig fühlen. Notwendige, repressive Maßnahmen der Polizei zur Verhinderung von Straftaten oder Schlichtung von gravierenden Konflikten sind immer durch langfristige und auf Nachhaltigkeit ausgelegte Interventionen, die in Kooperation der beteiligten Institutionen durchgeführt werden, zu ergänzen.

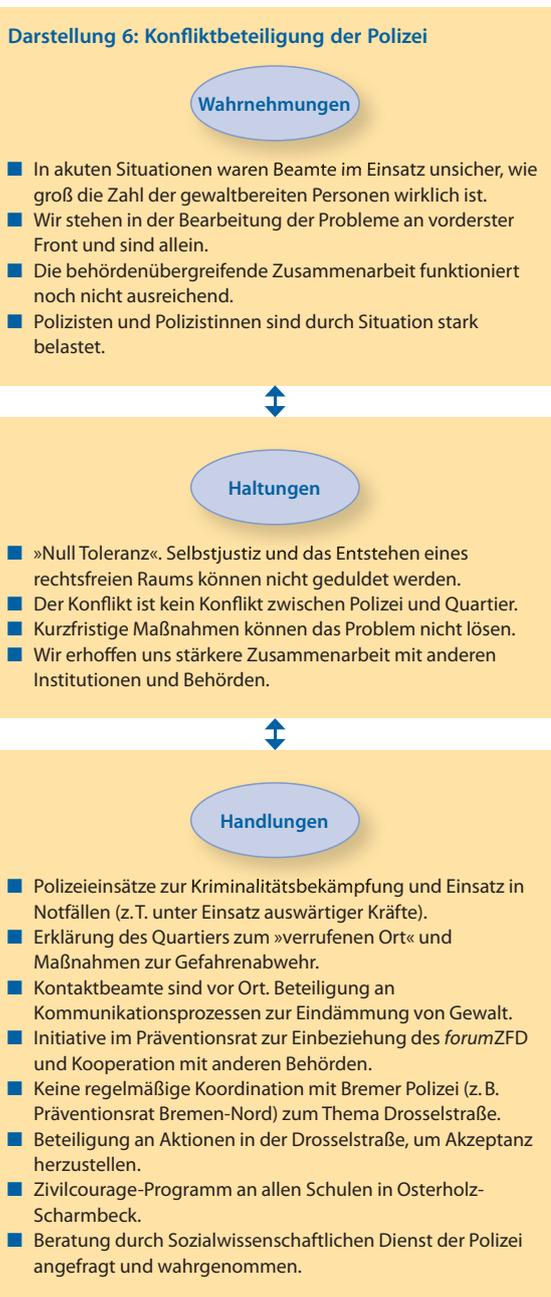
In Osterholz-Scharmbeck ist diese Verantwortungsübernahme, verbunden mit einer aktiven und Behörden- und Institutionen übergreifenden Strategie zur Konfliktbearbeitung, in noch nicht ausreichendem Maß gegeben.

Nach Einschätzung der in den Interviews befragten Beamtinnen und Beamten muss eine grundlegende Änderung der Behörden und der Zivilgesellschaft im Umgang mit dem sozialen Brennpunkt einsetzen:

»Wir müssen offen und ehrlich über eine Perspektivverbesserung für diese Menschen nachdenken. Im Moment habe ich den Eindruck, dass alle Handelnden eigentlich froh sind und waren, dass die Menschen im Quartier leben und man möglichst wenig mit ihnen zu tun hat. ... aber man muss ihnen zeigen, dass man hier, in einer ländlich geprägten Region, mit ihnen zusammen leben will – das scheint aus meiner Sicht hier im Moment nicht gegeben zu sein.«

Ein anderer ergänzt:

»Ich würde mir wünschen, dass man früh ansetzt, bei der Familie, in den Schulen (...) Dass man ihnen Perspektiven ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (...) und dass man Hilfestellungen gibt. (...) Wenn die Leute keine Perspektiven haben, werden sie sich uns gegenüber auch anders verhalten, als wenn sie Chancen für sich sehen.«¹⁹



Bürgergesellschaft:

Bislang wird die Situation der Drosselstraße innerhalb der Bürgergesellschaft in Osterholz-Scharmbeck nur am Rande wahrgenommen. Bei Zwischenfällen, von denen Medien berichten, tritt das Quartier zeitweise in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Zu anderen Zeiten schafft die Abgelegenheit und Eingrenzung des Quartiers auch die Gelegenheit, die spezifischen Probleme des Quartiers nicht als Teil des städtischen Geschehens zu sehen. In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Quartier teilweise auch als Gegend angesehen, die Angst macht und die man besser nicht betritt (»no-go-area«).

Vereine machen im Allgemeinen keine gezielten Angebote, um Jugendliche des Quartiers zu erreichen. Sie werden daher auch nur in Ausnahmefällen von Anwohnern und Anwohnerinnen, die mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Stadt wenig vertraut sind, wahrgenommen. Eine Ausnahme bildet der Fußball, dessen Jugendmannschaften Jungen und Mädchen des Quartiers anziehen. Da Barispor, der Verein des Quartiers, keine Jugendmannschaft anbietet, orientieren sich jüngere Jugendliche und Mädchen zu anderen Mannschaften. Das Verhältnis zwischen dem Kreisfußballverband und Barispor, besonders den Vorständen, ist durch die Auseinandersetzung mit Barispor über seine Zulassung in der Saison 2010/11 getrübt und von Vorwürfen des Rassismus auf der einen Seite und Disziplinlosigkeit auf der anderen Seite geprägt. Dies hat sich bis Ende 2011 deutlich verbessert.

Die Wirtschaft in Osterholz-Scharmbeck hat bislang wenig Initiative im Hinblick auf die Drosselstraße entwickelt und das Potential, das in der heranwachsenden Generation liegt, nicht für sich entdeckt. Hier gibt es Handlungsbedarf. Der bisherige Kontakt bezieht sich vor allem auf das Sponsoring von Barispor, das trotz der Heimspielsperre von mehreren Betrieben fortgesetzt wurde.

Eine besondere Rolle nehmen die Hausverwaltungen der Wohnungen in der Drosselstraße ein, die in direktem Kontakt mit den Anwohnern und Anwohnerinnen sind und daher Teil der Konfliktodynamik sind. Wohnungsbesitzer, die teilweise gar nicht (mehr) in der Region wohnen, geben einen Teil ihrer Verantwortung an Hausverwaltungen ab. Diese werden durch die Durchsetzung von Regeln, deren Sinn von Anwohnern und Anwohnerinnen mit Migrationshintergrund nicht verstanden oder auch nicht akzeptiert wird (z. B. Nutzungsverbot für Rasenflächen oder Verbot, private Antennen anzubringen), Partei in den Auseinandersetzungen mit dem Quartier und prägen dessen Bild der deutschen Gesellschaft in bedeutender Weise. Insbesondere ist eine in Bremen ansässige Hausverwaltung zu nennen, der wichtigste beteiligte Wohnungsverwalter in der Drosselstraße. Diese Firma steht im Austausch mit der Stadt und hat Interesse an einer Veränderung der schwierigen Dynamik gezeigt. Ihr Engagement wird angesichts der Rolle im Konfliktgeschehen von den beteiligten Akteuren jedoch als zu gering angesehen.

Die lokalen Medien sind ein weiterer Akteur, der direkt auf den Konflikt Einfluss nimmt. Von beiden Seiten im Konflikt werden Medien dafür kritisiert, dass sie mit dem Konflikt auf wenig sensible Weise umgehen. Oft stellen insbesondere Printmedien die Wirklichkeit in der Drosselstraße unvollständig dar. Solche Darstellungen sind dann nur schwer in Frage zu stellen und verfestigen ein bestimmtes, meist dramatisierendes Bild der Situation bei den Rezipienten in der Öffentlichkeit.

Migrantenvereine und Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund in Osterholz-Scharmbeck fühlen sich häufig den Anwohner/-innen der Drosselstraße verbunden und teilen einen Teil der Betroffenheit als gesellschaftliche Minderheit.

Kirchen und zivilgesellschaftliche soziale Träger treten nur wenig als Akteure in Erscheinung, die explizit Strategien für die Drosselstraße entwickeln und die besondere Lage des Quartiers dabei ins Auge fassen. Eine besondere Rolle nehmen allerdings Schulen und kommunale Einrichtungen ein, die an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Staat liegen. Das Mehrgenerationenhaus, dessen Angebot für Kinder im Kindergartenalter im Umfeld der Drosselstraße entstanden ist, verfügt bis heute über Kontakt insbesondere zu Anwohnerinnen, hat aber diesbezüglich wenig Integrationskraft. Auch das Haus der Kulturen in der Mozartstraße erreicht das Quartier nur langsam und wird daher vorwiegend von Angehörigen anderer Familien als derjenigen mit libanesisch-kurdischem Hintergrund genutzt.

2.5. Das Konfliktgeschehen: Muster im Umgang miteinander

Im Umgang der Konfliktparteien in Osterholz-Scharmbeck lassen sich eine Reihe von immer wiederkehrenden Mustern erkennen, die deren Einstellungen und Handeln bestimmen.

Grundsätzlich hat die Stadtgesellschaft von Osterholz-Scharmbeck erkannt, dass eine Spaltung der Stadt nicht akzeptabel ist. Dieser Konsens hat bei unterschiedlichen Akteuren vor Ort verschiedene Hintergründe, z. B. daraus entstehende besondere Belastungen für Mitarbeiter in Behörden, die Beeinträchtigung von Sicherheit durch Drogenhandel und Einbrüche, die Frage nach der Legitimität des eigenen Handelns und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsperspektive für die Stadt.

Aus diesen Gründen sind viele Institutionen und Einzelpersonen aktiv geworden und bleiben auch weiterhin aktiv. Allerdings nimmt jeder Akteur nur Ausschnitte der Situation wahr und denkt über die Probleme des Zusammenlebens von seiner bzw. ihrer Warte nach. Es erfolgt eine Reduktion des Bildes, im Positiven wie im Negativen. Da die Probleme drängen, werden Lösungen vorgeschlagen, die aus der eigenen Sicht plausibel erscheinen, die jedoch nicht die Interessen anderer Akteure oder die Dynamik der Situation insgesamt erfassen. Abstimmung und Zusammenarbeit sind noch nicht institutionalisiert.

Eine Vielzahl von Einzelpersonen und Institutionen in Osterholz-Scharmbeck thematisieren im Umgang miteinander die Probleme gesellschaftlicher Integration, insbesondere mit Bezug zur Drosselstraße. Doch die Zugänge für diese Gespräche sind sehr unterschiedlich. Unter anderem beeinflussen persönliche Erfahrungen, die Zwänge der eigenen Situation, die Wahrnehmung der Grenzen eigener Einflussmöglichkeiten die jeweiligen, unterschiedlichen Thematisierungsmuster. Gegenseitige Erwartungen schwingen implizit mit, werden jedoch nicht immer und oft nicht ausreichend präzisiert. So geschieht es häufig, dass gegenseitige Erwartungen nicht verstanden werden.

Konkret: Zwischen der Stadtgesellschaft von Osterholz-Scharmbeck und den in der Drosselstraße ansässigen Migranten und Migrantinnen liegen die Hindernisse in unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle von Staat im Leben seiner Bürger. Migranten und Migrantinnen haben im Laufe ihrer Biografie Staat oft als überwiegend repressives Gegenüber und Gegner erlebt und nicht als ein Geflecht von mit der Gesellschaft verwobenen Institutionen, die die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Garantie von Sicherheit und von Dienstleistungen für den Bürger legitimieren. Interessanterweise scheint dieser Anspruch, auf dessen Anerkennung von Behördenseite gedrängt wird – siehe der Einsatz der Polizei bei Fragen von Kriminalität und innerer Sicherheit – in den Augen vieler Migrantinnen und Migranten immer weniger erfüllt: Sie fühlen sich verunsichert (Aufenthaltsstatus der Duldung) und verstehen nicht immer, wer für sie wann zuständig ist und welche Vorteile ihnen aus der angestrebten gesellschaftlichen Ordnung entstehen könnten. Staat erscheint ihnen monolithisch, es gelingt ihnen nicht, zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Institutionen der föderalen Ordnung zu differenzieren. Der gesellschaftliche Anspruch »Gewaltmonopol und Zuständigkeit von Staat zur Bereitstellung von Sicherheit und Fürsorge« kommt bei Ihnen nicht an. Zwar erhalten sie erhebliche Transferleistungen aus staatlichen Töpfen und erleben hier den Staat durchaus als »Fürsorger«. Viel präsenter ist jedoch die Wahrnehmung, dass die eigenen sozialen und beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten beschränkt bzw. nicht vorhanden sind und sie im Staat und seinen Institutionen keinen Unterstützer, sondern eher einen Verhinderer wahrnehmen. Dies wird an Aussagen derjenigen Einzelpersonen deutlich, die den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg durch Bildung oder durch ein gesichertes Arbeitsverhältnis geschafft haben und sich nun emotional von den »Ausländern« distanzieren, zu denen sie vor kurzem noch selbst gehörten: sie betonen in ihren Beschreibungen eher vorhandene Möglichkeiten als bestehende Grenzen.

Bei vielen Personen der Stadtgesellschaft, aber auch unter Anwohnern der Drosselstraße mit Migrationshintergrund entsteht der Eindruck, bereits Angebote für den Austausch gemacht zu haben. Sie haben das Gefühl, dass diese Angebote nicht ausreichend angenommen oder gewürdigt wurden. So erwähnt ein Vereinsvorstand z. B., dass sein Verein für alle offen sei, aber niemand aus dem Quartier käme. Das »Haus der Kulturen« mit seiner Vielzahl von Angeboten für Migranten und besonders für Migrantinnen wird angeführt. Diese Personen selbst weisen darauf hin, dass sie Gespräche eingefordert und sich als Mittler angeboten hätten. Da sie die Komplexität der Situation nicht erkennen und damit auch nicht verstehen, warum die eigene Initiative keine Veränderung erzielt, sind sie zunehmend frustriert: »Es verändert sich nichts«.

Bislang besteht jedoch trotz Frustration weiterhin Offenheit auf allen Seiten, den Umgang zu verändern. Einzelne Initiativen, die die abgrenzenden Haltungen der eigenen Seite durchbrechen konnten, werden als Beispiele für Potentiale herangezogen und wiederholt betont.

2.6. Gefahren und Risiken

Die wichtigsten Mechanismen, die das Konfliktgeschehen um die Drosselstraße befeuern (so genannte »driving forces«), sind also:

- Hindernisse in der Kommunikation miteinander, die jedoch nicht als solche wahrgenommen werden;
- wachsende Frustration auf beiden Seiten angesichts des Fehlens substantieller Veränderungen der Situation;
- die Konjunkturhaftigkeit des Engagements zur Drosselstraße, d. h. das Erlahmen der Aufmerksamkeit, sobald die Probleme weniger drängen;
- die gesamtgesellschaftlich ungelöste Frage der Perspektiven von Integration in Deutschland, die sich im kommunalen Zusammenleben widerspiegeln.

Was sind die Grenzen bisheriger Strategien? Was könnte geschehen, wenn man sich nicht darum kümmert und nichts Neues geschieht? Was sind die Risiken und Folgen von fehlender Bewegung im kommunalen Kontext?

Polizeiliche Maßnahmen als bislang sichtbarste Einwirkung auf die Situation der Drosselstraße setzen nur kurzfristig das Gewaltniveau herab, lösen aber die dahinter stehenden Konflikte nicht. Polizeiliches Handeln ist notwendiger Bestandteil einer Strategie, kann von seinem Anspruch und gesellschaftlichen Mandat her jedoch keine gesellschaftliche Veränderung bewirken. Die Polizei weitgehend mit der Problemlösung allein zu lassen, läuft darauf hinaus, dass sich an ungesunden Strukturen grundsätzlich nichts

verändern wird und daher immer wieder neue Polizeieinsätze notwendig werden.

Im gesellschaftlichen Handeln von Migranten spielt das Verhältnis von individueller und sozialer Identität eine wichtige Rolle. Personen, die im Grunde Gewalt und Kriminalität ablehnen, können unter bestimmten Bedingungen durch polizeiliches und staatliches Handeln dazu bewegt werden, Gewalt und Kriminalität zu rechtfertigen und zu decken. Insbesondere führen Diskriminierung und undifferenziertes, nicht ausreichend individualisiertes Handeln einer gesellschaftlichen Gruppe gegenüber – oder auch nur die Wahrnehmung solchen Handelns durch die Betroffenen – zu einer derartigen Solidarisierung, die den Zweck hat, soziale Identität zu schützen. Der Sozialpsychologe Clifford Stott hat in England die Dynamik friedlicher Menschenansammlungen untersucht und dabei das von ihm so benannte Elaborated Social Identity Model (ESIM) entwickelt, das das jeweilige Verhältnis von individueller und sozialer Identität sowie die Verschiebungen zwischen beiden Formen der Identität beschreibt. Undifferenziertes Eingreifen der Polizei führt zum Beispiel zu einer Stärkung der sozialen Identität, aus dem Gefühl des Zusammengehörens als Interessengruppe heraus, auch wenn diese Zusammengehörigkeit vielleicht für den betroffenen Einzelnen keine mittelfristigen Vorteile beinhaltet und seinen Werten widerspricht. Folglich schaffen, so Stott, der Dialog bei Menschengruppen eine Herabsetzung dieser Solidarisierung und rationales Handeln der Polizei rational handelnde Menschengruppen.²⁰

Das Verhalten der politischen Parteien, die bislang die Erhöhung der Komplexität der Situation durch eine Polarisierung vermieden haben, stabilisiert und verstärkt dennoch den Abwärtstrend der Situation, da sie den gesellschaftlichen Dialog über Integrationsfragen in Osterholz-Scharmbeck nicht in ausreichendem Maße geführt haben. Hier wird ein vorhandenes Potential nicht ausreichend genutzt.

Sollte sich nichts verändern, würde die Frustration zunehmen und gleichzeitig die Kommunikation abnehmen. Das Problem löst sich nicht von allein und aufgrund anderer gesamtgesellschaftlicher Themen ist von außen (Bund, Land) wenig Hilfestellung zu erwarten. Schuldzuweisungen und Einzelaktionen, die die jeweiligen Positionen und Einstellungen stärken, könnten zunehmen.²¹ Ein Image-Verlust der Stadt könnte die Folge sein.

Der Drogenhandel besteht trotz empfindlicher Schläge gegen die entsprechende kriminelle Szene weiterhin, wenn sie zurzeit auch weniger auffällig agiert. Andere Formen von Kriminalität (z. B. organisierter Einbruch) entwickeln sich und müssen durch neue Eingriffe bekämpft

werden. Auch eine Vereinzelung durch eine stärkere Auflösung der Konzentration von Migranten in einem Stadtviertel führt unter Umständen nur zu einer Verlagerung des Problems, da die Kommunikationszusammenhänge innerhalb der migrantischen Milieus bereits bestehen und auch durch Wegzug aus der Drosselstraße nicht aufgehoben werden, da die Größe des sozialen Systems in Osterholz-Scharmbeck überschaubar ist.

Insgesamt könnte fehlendes Handeln angesichts der Problematik dazu führen, dass die Stadt Chancen verpasst: das Entwicklungspotenzial der Stadt wird nicht genutzt. In der Drosselstraße wächst die neue Generation von Osterholz-Scharmbeck heran, die auf die eine oder andere Weise das zukünftige Bild der Stadt bestimmen wird. Wie jemand sagte, »es gibt dort Diamanten, die darauf warten, geschliffen zu werden«.

3. Wirkungen bisheriger Maßnahmen

Behörden, Polizei und lokale Initiativen haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um die Dynamik der Situation in der Drosselstraße positiv zu beeinflussen, Kriminalität zu bekämpfen und zu Integration beizutragen. Um geeignete Strategien für die Zukunft zu entwickeln, müssen diese Maßnahmen auf ihre Wirkung hin untersucht werden. Wirkung soll im Zusammenhang dieser Studie nicht als grundsätzliche Wirksamkeitsüberprüfung der Maßnahmen, sondern – entsprechend der Aufgabenstellungen – als spezifische Wirkung der Maßnahmen auf den oben beschriebenen Hauptkonflikt und auf die Folge- und Nebekonflikte um das Quartier Drosselstraße bezogen werden.

Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität

Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2007 die Einrichtung eines »Präventionsrates gegen Gewalt und Kriminalität« beschlossen. Der Präventionsrat wurde als behörden- und ressortübergreifendes Gremium gebildet. Den Vorsitz des Präventionsrates hat die Stadt Osterholz-Scharmbeck, vertreten durch den Bürgermeister. Vertreter von Landkreis, Polizei und Staatsanwaltschaft nehmen regelmäßig an den Sitzungen teil. Die Zivilgesellschaft ist nicht regelmäßig vertreten.

Ziel des Präventionsrats ist die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität in der Stadt im Allgemeinen, doch die Drosselstraße nahm von Anfang an die Aufmerksamkeit seiner Mitglieder in Anspruch. Der von der Stadtverwaltung moderierte Präventionsrat begreift sich als Steuerungsgremium zu Konflikttransformation in Bezug auf die Drosselstraße und nimmt sich der Problematik an. Die hohe Aufhängung des Präventionsrats als Gremium von Entscheidungsträgern in den Behörden ist von Vorteil für die Strategiebildung, denn einerseits können Probleme direkt und diskret besprochen werden, andererseits können Entscheidungen auch gleich umgesetzt werden. Mit der Schaffung des Präventionsrats in dieser Zusammensetzung besteht eine geeignete Struktur zur Konflikttransformation. Dies unterscheidet den Präventionsrat in positiver Weise von ähnlichen Gremien in anderen Kommunen, die überwiegend breiter angelegt sind, jedoch selten weitreichende Entscheidungen herbeiführen können.

Der vom Präventionsrat unter unterschiedlichen Bezeichnungen initiierte »Runde Tisch«, der im Jahr 2010 zweimal getagt hat, sollte die Kommunikation mit Migranten in Osterholz-Scharmbeck verbessern und hat ausgesuchte Gesprächspartner aus diesem Personenkreis – nicht ausschließlich aus der Drosselstraße – einbezogen. Die Treffen dienten dem gegenseitigen Kennenlernen und haben keine Beschlüsse gefasst. Die Aufnahme des Dialogs mit Mi-

grantenvertretern in der Stadt war bereits von diesen seit Jahren angemahnt worden und hat dazu beigetragen, dass Migranten erstmalig als Akteure – und nicht nur als Zielgruppe von Maßnahmen – gesehen wurden und sich auch so erleben konnten. Die Kandidatur eines Bürgers der Stadt mit Migrationshintergrund bei den Kommunalwahlen im September 2011 wurde durch diese Kontaktaufnahme motiviert. Jedoch: Vom »Runden Tisch« sind keine wesentlichen Impulse zur Bearbeitung der Konflikte um die Drosselstraße ausgegangen.

Weitere Strukturen der Stadt

Die städtische Verwaltung in Osterholz-Scharmbeck hat die Thematik Drosselstraße als komplexes Problem mit Handlungsbedarf erkannt. In Bezug auf den Hauptkonflikt ist es ihr jedoch bislang nicht gelungen, als Motor in der Bearbeitung der Thematik Drosselstraße zu fungieren. Die Stadt ist Bedarfsmittelzuwendungsempfänger und darf deshalb keine über kommunale Pflichtaufgaben hinausgehenden Haushaltsmittel für freiwillige Ausgaben einplanen. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit der Kommune ein.

Des Weiteren wurde in Osterholz-Scharmbeck bisher öffentlich wenig Interesse an der Bearbeitung der Problematik geäußert, so dass die Stadtverwaltung weitgehend aus eigenem Problembewusstsein bzw. aufgrund des Austauschs im Rahmen des Präventionsrats gehandelt hat. Die Lenkungsrunde Soziale Stadterneuerung tagt als politisches Steuerungsinstrument des Stadtentwicklungsprozesses seit 2003 behördenintern. In den Jahren 2009–2011 koordinierte der Begleitausschuss »Stärken vor Ort« behördenübergreifend die Entscheidungen zu Mikroprojekten aus dem entsprechenden Programm. Das »Soziale Stadt Netzwerk-Forum Mozart- und Drosselstraße«, das zu Beginn der städtebaulichen Soziale Stadt-Sanierungsmaßnahme aus dem Arbeitskreis »Mozartstraße« und dem Arbeitskreis »Drosselstraße« entstanden ist, führt in regelmäßigen Abständen Institutionen, Bildungs- und Qualifizierungsträger vor Ort sowie Bewohnervertreter/-innen zusammen, um den gegenseitigen Austausch untereinander zu festigen. Behördenübergreifend sind Strukturen zur Bearbeitung der Situation in der Drosselstraße jedoch wenig herausgebildet oder nicht mit den anderen Behörden abgestimmt, so dass es schwer fällt, gemeinsame strategische Überlegungen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Stadt selbst hat eine Arbeitsstelle unter dem Titel »Interkulturelle Netzwerk fördernde Sozialstrukturentwicklung/ Gleichstellungsbeauftragte« eingerichtet, die für den Bereich Integration zuständig ist und Maßnahmen über gesondert eingeworbene Projektmittel durchführt. In diesem Zusammenhang sind eine Vielzahl an Maßnahmen mit großem Engagement auf die Schiene gesetzt

worden. Es zeigt sich jedoch, dass dies bislang nicht ausreicht, um verändernd auf die beschriebene Konfliktsituation einzuwirken. Um den nicht ausreichenden Wirkungszusammenhang besser zu verstehen, sollen die Maßnahmen im Folgenden genauer beleuchtet werden.

Soziale Stadterneuerung

Im Juli 2002 wurde die Stadt Osterholz-Scharmbeck mit dem zu Beginn des Jahres 2002 rechtsverbindlich festgelegten Sanierungsgebiet »Mozartstraße/Drosselstraße« in das Bund-Länderprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« aufgenommen. Ziel des Programms ist es, Städten und Gemeinden bei der Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels zu unterstützen. Wichtiger Bestandteil ist die Bündelung baulicher Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Beschäftigung und Integration vor Ort. Der Stadtteilentwicklungsprozess in dem genannten Sanierungsgebiet bezieht sich auf einen Zeitraum von 10 Jahren.²²

Mit städtebaulichen Maßnahmen (Abbruch der »Weißen Blöcke« in der Mozartstraße, Anlage von Spielflächen,verkehrliche Neugestaltung der Mozartstraße, etc.) sind so-

ziale Maßnahmen mit folgenden Leitzielen²³ vorgesehen:

- die Umsetzung von sozial vernetzenden Integrationsansätzen;
- die Umsetzung von bildungs-, qualifizierungs- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen, die die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Interessen von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming) berücksichtigen;
- mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner im Sanierungsgebiet ganzheitlich zu verbessern, sind Aktivierungs-, Beteiligungs- und Abstimmungsstrukturen weiterentwickelt worden.

Das hierzu eingerichtete Quartiersmanagement versucht, »die verschiedenen im Stadtteil agierenden Verbände und Einrichtungen unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner/der Vereine vor Ort einzubeziehen und zu vernetzen«²⁴ Dieses Ziel soll durch Informationsveranstaltungen unter dem Titel »Stadtteilforum« und durch Sprechzeiten im Stadtteilbüro in der Drosselstraße 7 erreicht werden.

Folgende Maßnahmen und Einzelprojekte aus dem Jahr 2011²⁵ sollen beispielhaft erwähnt werden:

Titel	Ziel	Kooperationspartner
Hilfen zur Integration für Zugewanderte	Verbesserung der beruflichen Integration durch Beratung, Unterstützung und Begleitung von arbeitslosen MigrantInnen im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit mit Sprechzeiten im Stadtteilbüro	Bildungsvereinigung Arbeit und Leben gGmbH Nord Niedersachsen
Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung	Bildung eines Pools von SozialarbeiterInnen zur kontinuierlichen Betreuung von Schulabgängern der Hauptschule	Städtische Jugendarbeit
Offenes N@tcafé zur Stärkung der Online-Kompetenz	Verbesserung der Eingliederungs-Chancen, der beruflichen Orientierung und Integration von Migrant/-innen in einem Offenen N@tcafé	Initiative Stadtteilarbeit/städtische Integrationsstelle/Quartiersmanagement
NiKo – zur Stärkung von Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitskompetenzen	Verbesserung der Integration und Eingliederungschancen von SchülerInnen	Städtische Integrationsstelle/Schulen im Gebiet
LINES – Lokales Integrationsnetzwerk zur Werte- und Normenbildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich	Verbesserung der schulischen und beruflichen Integration jüngerer Migrant/-innen	Städtische Integrationsstelle/Volkshochschule e.V., ABÖE e.V.
BIWAQ – Integrations- und Lernwerkstatt	Verbesserung der Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Langzeitarbeitslose und Jugendliche	Städtische Integrationsstelle/Volkshochschule e.V., ABÖE e.V.
Deutschsprachangebote für Frauen	Verbesserung der Lebenssituation, Eingliederungschancen für Frauen	Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Mehrgenerationen-Café/Mehrsprachangebote für Kinder	Verbesserung der Lebenssituation, Eingliederungschancen für Kinder	Grundschule Beethovenstraße u. a.

»STÄRKEN vor Ort« – Projekte:

Titel	Ziel	Kooperationspartner
Boxclub »Steig in den Ring und box dich durch«	Verbesserung der Eingliederungschancen und der beruflichen Integration von Jugendlichen Antiaggressionstraining, Schulung des Selbstbewusstseins, präventive Situationsschulung	Initiative Sport gegen Gewalt/12rounds GmbH/städtische Integrationsstelle
Internetportal »Streitschlichternetzwerk an Schulen in OHZ«	Verbesserung der Eingliederungschancen und der beruflichen Integration von Jugendlichen	Förderverein Beethovenschule
Was geht?	Verbesserung der Eingliederungschancen und der beruflichen Integration von Jugendlichen durch Erlernen von Umgangsformen auf dem Weg in Ausbildung bzw. Arbeit	Bildungswerk Osterholz
Theaterprojekt »Kais Reise«	Verbesserung der Eingliederungschancen und der beruflichen Integration von Jugendlichen durch Stärkung der Sprachkompetenz	Förderverein der Haupt- und Realschule, Peoples Akademie
Interkultureller Literaturkreis	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch lokale Aktivierung und Kooperation	
Fit und gesund in allen Lebensabschnitten – Örtliches Netzwerk für Frauen	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch lokale Aktivierung und Kooperation	
Vermittlung von Sprachkompetenzen für Zugewanderte	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch Alphabetisierung und Erwerb von Sprachkompetenz	Bildungsvereinigung Arbeit und Leben gGmbH Nord Niedersachsen
Domino – Teilhabe am Gemeinwesen für Frauen mit Migrationshintergrund	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch lokale Aktivierung und Kooperation	SOS Kinderdorf Worpswede e.V.
Kunstprojekt »Bewegte Lebenswege von Migrantinnen«	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch lokale Aktivierung und Kooperation	
Neue Perspektiven für Frauen mit Migrationshintergrund	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen zur Bildung von beruflichen Perspektiven	
Frauenfrühstück im Stadtteilhaus	Verbesserung der Eingliederungschancen für Frauen und des sozialen Klimas durch lokale Aktivierung und Kooperation	
Offener Müttertreff	Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Förderung der Teilnahme am Gemeinwesen und Stärkung ihrer Erziehungsverantwortung	

Durch das im Rahmen des Programms SVO 2009 durchgeführte Mikroprojekt »Kontakt – Konfliktfrei im Stadtteil«, einer Coachingmaßnahme im Gebiet der Drosselstraße, wurde versucht, die deutschen Bewohner der Drosselstraße mit dem Bürgerverein »Drosselstraße e.V.«, deren Mitglieder als ausländerfreundlich galten, zu versöhnen.

Ein für die Durchführung eines großen Teils der Maßnahmen wichtiger Ort ist das 2010 eröffnete Haus der Kulturen am Quartiersplatz an der Mozartstraße. Dieses Haus bietet Räumlichkeiten und Identifikationspunkt für gesellschaftliches Handeln. Mehrsprachangebote wie eine Arabisch-Kinder-Sprachgruppe oder eine Kurdisch-Deutsche-Kinder-Sprachgruppe (durch auf Honorarbasis eingesetzte Migrantinnen), das »Internationale (Frauen-)Frühstück«, u. a. Angebote zur Gesundheitsbildung, Elterntreffpunkte sowie die Jahreszeitenfeste bieten Migrantenfamilien der Drosselstraße Anlass, das Haus der Kulturen über das Jahr hinweg aufzusuchen.

Durch das städtebauliche Förderungsprogramm »Soziale Stadt« hatte die Stadt Osterholz-Scharmbeck erstmalig die Möglichkeit, baulich-investive Maßnahmen mit sozial-integrativen Maßnahmen zusammenzuführen. Es standen Gelder zur Verfügung. Es wird deutlich, dass zunächst durchaus auch große Probleme in der Mozartstraße bestanden, die sich aber im Laufe der Zeit haben eingrenzen lassen. Die drei Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen Stadtteilbüro und Haus der Kulturen haben zurzeit nur Zeitverträge über das Quartiersmanagement Soziale Stadt oder indirekt über die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, so dass auch sie und die Beratungs- und Sprachangeboten noch nicht gesichert sind.

Die Planung des Gesamtpakets »Soziale Stadterneuerung« im Rahmen des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt machte es notwendig, die Sanierungsgebiete Mozartstraße und Drosselstraße zusammenzufassen und miteinander durch einen Weg zu verbinden. Ihr unterschiedlicher Charakter mit unterschiedlichen Problemen wurde durch diese administrative und verkehrstechnische Lösung jedoch nicht beeinflusst. Hieraus entsteht für die passgenaue Bearbeitung der Situation in der Drosselstraße ein grundsätzliches Problem. Diese verschärft sich noch durch das Gefühl vieler Anwohner mit Migrationshintergrund in der Drosselstraße, dass die Mozartstraße eine andere Welt sei. Das Quartier Mozartstraße hat insgesamt die Eingliederung in die Stadtgesellschaft geschafft. Dort finden die meisten der oben benannten Projekte statt. Diese sind zwar offen für Drosselstraßenanwohner. Sie werden von diesen jedoch nur mit Zurückhaltung und Zögern angenommen. Der Ort der Maßnahmen bestimmt über die Partizipation von Zielgruppen, die sich als ausgegrenzt erleben und sich – aus eigenem Schutzbedürfnis heraus –

nur langsam nach außen in die neue Gesellschaft orientieren. Die überwiegende Ansiedelung von Maßnahmen in der Mozartstraße wird von manchen Anwohnern der Drosselstraße als Indiz dafür verstanden, dass die Stadt nicht an den Anwohnern der Drosselstraße interessiert sei.

Ein weiteres Hemmnis ist die Zielgruppen-Ausrichtung der Maßnahmen, die die vom Konflikt betroffenen Personen und Familien kaum erreichen. So wichtig Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration von Frauen gerade im Milieu von Migrantinnen sind, so sind diese jedoch gerade in stark patriarchalen Gesellschaften nicht diejenigen, die über die Haltung ihrer Familien zur Gesamtgesellschaft entscheiden. Hauptsächliche Konfliktträger sind männliche Jugendliche und junge Männer. Selbst das Stadtteilbüro in der Drosselstraße 7, obwohl im betroffenen Quartier gelegen, ist nur für einen Teil der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung interessant. Es sind Angebote, die sich schwerpunktmäßig an Frauen richten und sozialen Charakter haben, jedoch zu lösungsorientierten Gesprächen zu Problemen, die mit den analysierten Konflikten zusammenhängen und die von jungen Männern und Familienvätern als drängend empfunden werden, nicht einladen.

Die im Rahmen der Programme »Soziale Stadt« und »Stärken vor Ort« durchgeführten Projekte berühren, obwohl gesamtgesellschaftlich durchaus sinnvoll, den Hauptkonflikt um die Drosselstraße aus den oben genannten Gründen nur marginal. Eine weiterführende Strategie zur Konflikttransformation des Hauptkonflikts und der meisten Folge- und Nebekonflikte wird nicht deutlich. Das soll nicht bedeuten, dass diese Maßnahmen sinnlos seien, da sie andere Ziele verfolgen (z. B. das Angebot von Sprachkursen, die Einrichtung des Stadtteilbüros in der Drosselstraße 7). Vielen Maßnahmen scheint die Annahme zu unterliegen, dass Bildung und berufliche Eingliederung Schlüssel für die Bearbeitung der Problematik sind, was sich im Falle der Anwohnerinnen und Anwohner der Mozartstraße auch zu bewahrheiten scheint. In der Drosselstraße werden jedoch gerade die problematischen Personen, die die Spaltung der Stadt betreiben, das Gewaltpotential erhöhen und anfällig für Kriminalität sind, durch diese Maßnahmenpakete nicht erfasst. Außerdem sind Maßnahmen zur Veränderung der persönlich-individuellen Haltungen und Situationen nur ein Teilfaktor zur Beeinflussung gesellschaftlicher Konflikte. Jüngste Studien legen nahe, dass vielmehr grundsätzliche, strukturelle Veränderungen erzielt und wichtige Entscheidungsträger und Meinungsbildner beeinflusst werden müssen, um gesellschaftliche Konflikte im kommunalen Raum zu transformieren.²⁶ Maßnahmen zur Veränderung der persönlich-individuellen Haltung von betroffenen Anwohnern können eine grundsätzliche Hilfe für Betroffene darstellen – zur

Beeinflussung gesellschaftlicher Konflikte sind sie einzig eine Ergänzung.

Jugendhaus Am Pumpelberg

Das von der Stadt betriebene Jugendhaus Am Pumpelberg ist ein wichtiger konstruktiver Ansatz, der erhalten werden muss. Er spricht den Hauptkonflikt direkt an, da er Zugänge zu wenig oder nicht integrierten Familien schafft und damit für beide Seiten Möglichkeiten entstehen, bestehende Grenzen zu überwinden. Ein Indikator dafür ist, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jugendhauses zunehmend von Anwohnern und Anwohnerinnen bei allgemeinen Problemen angesprochen werden (Fußballverein, Hausmeisterthematik, etc.).

Das Jugendhaus richtet sich an jüngere Jugendliche, bietet ihnen einen geschützten Raum für Freizeitaktivitäten und macht ihnen Angebote für Aktivitäten am Nachmittag und in den Schulferien. Im Gegensatz zum etwas weiter von der Drosselstraße entfernt gelegenen Jugendhaus M56, das im Rahmen der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme »Soziale Stadt« errichtet werden konnte, wird das Jugendhaus Am Pumpelberg vor allem von Jugendlichen aus den vom Konflikt betroffenen Familien der Drosselstraße besucht. Einmal im Jahr organisiert das Jugendhaus ein Familienfest in der Drosselstraße.

Erfolgsfaktoren für das Jugendhaus sind:

- die Kombination aus örtlicher Nähe und gleichzeitiger Distanz des Jugendhauses zur Drosselstraße, die es Jugendlichen erlauben, sich aus der direkten Überwachung durch Eltern herauszubewegen, aber in ihrem vertrauten Umfeld zu bleiben;
- der Charakter des Jugendhauses als Freizeitangebot, das sich von formalen Angeboten und von Schule deutlich unterscheidet;
- die gute Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im Team des Jugendhauses;
- der Einsatz kompetenten Personals, auch von Personal mit Migrationshintergrund.

Der angekündigte Auszug aus der derzeitigen Immobilie stellt eine Chance dar, das Konzept unter Beibehaltung der bisherigen Errungenschaften (Nähe Jugendhaus – Quartier ohne direkt im Quartier platziert zu sein, gut eingespieltes Team mit entsprechenden Erfahrungen und Kenntnissen, etc.) weiter zu entwickeln.

Einsatz des Streetworkers

Der Einsatz eines Streetworkers in der Drosselstraße und das Angebot einer Fußball-AG im Rahmen der »Sozialen

Begleitmaßnahmen« des Programms Soziale Stadt hat keine feststellbare Wirkung in Bezug auf die Hauptkonflikte um die Drosselstraße. Bei »Streetwork« handelt es sich um mobile Jugendarbeit »auf der Straße« – dies trifft jedoch nicht das Problem in der Drosselstraße. Trotz des äußeren Eindrucks, dass sich vergleichsweise viele Personen auf der Straße aufhalten, handelt es sich nicht um einen typischen (Nutzungs-)Konflikt im öffentlichen Raum und um eine Situation, in der problematische Personengruppen deshalb im öffentlichen Raum angesprochen werden müssten, da sie anderweitig nicht erreichbar sind. Leben auf der Straße hat in der Drosselstraße eher etwas mit kulturellen Gewohnheiten zu tun und ist nicht Gegenstand des Konflikts.

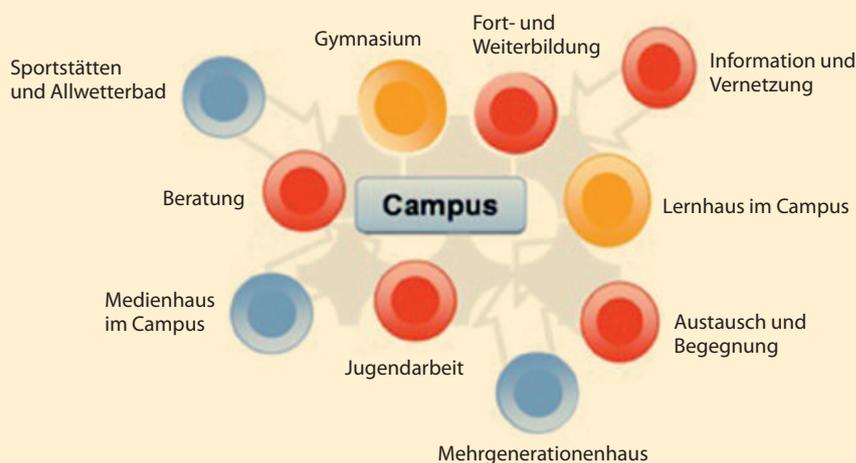
Bildung als Maßnahme zur Integration

Ein Teil der Maßnahmen aus der »Sozialen Stadterneuerung« bezieht sich auf diverse Bildungsangebote und findet in Kooperation mit Schulen statt. Das gesamte Bildungsangebot der Stadt wird unter dem Titel »Campus für lebenslanges Lernen« geführt. Ihm unterliegt ein kohärentes und umfassendes Konzept, das dazu beitragen soll, die Stadt Osterholz-Scharmbeck zu einem attraktiven Wohnort für Familien zu machen: »Die Stadt Osterholz-Scharmbeck hat auf diese neuen An- und Herausforderungen mit dem zukunftsweisenden Projekt Campus reagiert. Hier wird es nicht nur Bildungsangebote geben, sondern ein völlig neues Konzept für die Verbindung von Freizeit, sozialem Miteinander, Bildung für alle Altersgruppen und das auch noch hervorragend angebunden an den Öffentlichen Nahverkehr.« Als Ziele dieses Programms werden benannt: »Durch die Zentralisierung von Bildungsangeboten über ein breites Spektrum hinweg wird der Campus zum Mittelpunkt des lebenslangen Lernens und zum Ort des gemeinsamen Handelns. Mit den Ideen, die auf der Ebene des Bildungsbereiches und der Stadtentwicklung entwickelt wurden, ist auch ein konkreter Ort in Osterholz-Scharmbeck verbunden: Das Quartier Am Barkhof, im Herzen der Stadt, wird zum integrativen Bildungs- und Begegnungsort weiterentwickelt.«²⁷

Die Integration unterschiedlicher Einrichtungen, die Berufstätige, Schüler/-innen und ältere Mitbürger/-innen ansprechen, ist ein interessanter Ansatz. Das Projekt »Bildungscampus« spricht einen wichtigen Nebekonflikt in Bezug auf die Drosselstraße, nämlich den Gegenstand Zukunftsperspektiven/Bildungschancen der jungen Drosselstraßenbewohner/-innen, an.

Im Hinblick auf die Probleme junger Leute in der Drosselstraße können sich der »Bildungscampus« und sein Maßnahmenkonzert zu einer wichtigen Ergänzung entwickeln. Er ist jedoch nur eine Teillösung zur Konflikttransformation.

Bildungsangebote im Campus für lebenslanges Lernen²⁸



Angesichts der Distanz der Drosselstraßenbewohner zu Institutionen werden Freizeitangebote im Bereich von Ganztagschulen die Funktion des Jugendhauses nicht ersetzen können, da sie gerade problematische Anwohner/-innen wenig ansprechen bzw. eine zu große Eintrittsschwelle besteht. Zwar ist damit zu rechnen, dass der Bildungs-Campus zu einer Differenzierung der Jugendkultur in der Drosselstraße führen wird. Dieser Ansatz ist jedoch nicht ausreichend geeignet, die Hauptkonfliktlinie zu bearbeiten, da ein wichtiger Akteur nicht erreicht wird: ältere Jugendliche, die sich ausgrenzen/sich ausgegrenzt fühlen. Es ist nicht zu erwarten, dass das im Rahmen von Ganztagschulen geschaffene Angebot zur Freizeitgestaltung diese für die Konfliktodynamik wichtige Gruppe ausreichend einbindet. Auch die Erwartung, jüngeren »nachwachsenden« Jugendlichen mit Problemen bei der sozialen Integration durch diese Angebote andere Perspektiven als die Anbindung an problematische Peer-Gruppen zu geben, scheint aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Angebote und aufgrund ihres formellen Charakters aus heutiger Sicht nicht erfüllbar.

Polizeiliche Maßnahmen

Polizeiliche Maßnahmen der akuten Kriminalitätsbekämpfung in der Drosselstraße haben zu einer kurzfristigen Eindämmung von Drogen- und Beschaffungskriminalität geführt – und damit einen bedeutenden Nebenkampf bearbeitet, ohne die grundlegenden Probleme zu lösen. Auch ist festzustellen, dass die Durchführung dieser Maßnahmen als Nebeneffekt zu einer reaktiven Eskalation von

Gewalt beigetragen und damit die Ankurbelung einer Gewaltspirale vorangetrieben hat.

Die Polizeistrategie, die sich aus Kriminalitätsbekämpfung und Prävention zusammensetzt, jedoch auch eine hohe Sensibilität für Konsequenzen polizeilichen Handelns zeigt, ist kohärent. Folgende Erfolgsfaktoren können identifiziert werden:

- internes und externes Auftreten des Polizeikommissariatsleiters, das auf differenziertes Herangehen an Kriminalität in der Drosselstraße abzielt;
- beratende Begleitung durch den Sozialwissenschaftlichen Dienst der Polizei Niedersachsen;
- Schulungen des Personals;
- Stützung durch übergeordnete Polizeiinspektion Verden/Osterholz.

Die kohärente Strategie spiegelt sich z. B. auch im Umgang mit den Medien wider. Sie wird von Anwohner/-innen zunehmend verstanden und als sinnvoll und positiv bewertet.

Landkreis

Die Aktivitäten des Landkreises Osterholz in Bezug auf die Drosselstraße sind durch die Ressorts Ausländerangelegenheiten/Einbürgerungen und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit bestimmt.

Der Bereich Ausländerangelegenheiten/Einbürgerungen stellt sich als eine für die Integration von Migrantinnen

und Migranten problematische Stelle dar. Einerseits kann er für Einzelne bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen rechtlich mit der Verleihung langfristig gesicherter Aufenthaltstitel oder der Einbürgerung persönliche Sicherheit gewähren. Andererseits ist der Besuch bei der Ausländerbehörde gerade für Personen, die Erfahrungen mit dem Status der Duldung gemacht haben, äußerst negativ besetzt. Der Landkreis würdigt dieses Dilemma, indem er in den vergangenen Jahren gezielt die interkulturelle Kompetenz im Umgang mit Migranten und Migrantinnen in der Ausländerbehörde erhöht hat. Darüber hinaus wird versucht – im Rahmen des rechtlich Möglichen – eine stärkere Orientierung auf das Ziel einer aktiven Integrationsunterstützung im Rahmen der ausländerbehördlichen Aufgabenwahrnehmung zu verankern und die früher fast ausschließlich repressive ordnungsbehördliche Ausrichtung der Ausländerbehörde um eine starke Integrationszielsetzung zu ergänzen. Zusätzlich findet seit einigen Jahren rund viermal jährlich eine Einbürgerungsfeier des Landkreises für alle eingebürgerte Migrantinnen und Migranten mit Aushändigung der Einbürgerungsurkunde und offiziellem Willkommen als deutsche Staatsbürger durch den Landrat statt. Darüber erfolgt jeweils auch eine kontinuierliche öffentliche Berichterstattung mit Bild und besonderer Erwähnung von eingebürgerten Migrantinnen und Migranten in der Lokalpresse. Alle genannten Maßnahmen im Bereich Ausländerangelegenheiten/Einbürgerungen sind geeignet, einen begrenzten Beitrag dazu zu leisten, die Spaltung der Stadt zu überwinden.

Im Rahmen der Jugendhilfe fanden und finden weiterhin beispielsweise folgende Maßnahmen statt, die ebenfalls im Rahmen der Sozialen Stadterneuerung gesehen werden können und mit den Projekten der Stadt verbunden werden (siehe Tabelle unten).

Auch hier gelten die einschränkenden Bewertungen wie in Bezug auf die Wirkung der städtischen Maßnahmen im Rahmen der Programme »Soziale Stadt« und »Stärken vor

Ort« (s. o.). Maßnahmen zur Veränderung der persönlich-individuellen Situation von betroffenen Anwohnern können eine grundsätzliche, sehr sinnvolle Hilfe für Betroffene darstellen – zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Hauptkonflikts sind sie einzig eine Ergänzung.

Individuelle und persönliche Gesprächsangebote

Individuelle Kontakte und Dialogversuche hatten bislang wenig Kontinuität und konnten nicht zum Aufbrechen der Kommunikationsbarrieren beitragen. Die Versuche wichtiger Personen der Stadtgesellschaft (Bürgermeister, Polizeileitung), mit Anwohnerinnen und Anwohnern ins Gespräch zu kommen, wurden jedoch von den betroffenen Gruppen außerordentlich positiv bewertet, es wird sich ihrer in ausgesprochen hohem Maße erinnert. Das kann z.T. daran liegen, dass sich die Anwohner und Anwohnerinnen erst dann wirklich wahrgenommen fühlen, wenn ihnen bedeutende Entscheidungsträger gegenüber treten. Sie senden das Signal, dass von Seiten der Stadtgesellschaft Interesse an den Anwohner/-innen besteht. Diese Versuche, informell mit Anwohner/-innen ins Gespräch zu kommen, überwinden die gegenwärtige Spaltung und zeigen bereits Wirkungen auf den Hauptkonflikt, obwohl sie erst seit kurzem bestehen.

Die Begleitung des von betroffenen Familien aus der Drosselstraße getragenen Fußballvereins Barispor bei der Entwicklung geeigneter Strukturen stärkt den Verein als Struktur, mit der sich vor allem (aber nicht nur) junge Männer in der Drosselstraße identifizieren können, integriert ihn in den Kreisfußball, verschafft den Beteiligten Anerkennung und das Bewusstsein, dass sie Akteure sind und dass sie an der Gestaltung ihrer Zukunft aktiv mitarbeiten können. Hiermit wird der Hauptkonflikt direkt bearbeitet. Für diese Aufgaben wurden jedoch bisher keine Strukturen aufgebaut, sondern spontan Ressourcen herangezogen, die in anderen Bereichen (Polizei, Jugendhaus) bestehen.

Titel	Ziel	Kooperationspartner
Berufseinstieg OHZ	Verbesserung der beruflichen Integration von Jugendlichen durch Qualifizierungsangebote – Übergang Schule und Beruf für junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren in der Produktionsschule	Landkreis Osterholz als Träger der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit/Pro Arbeit
Pro-Aktiv-Center Osterholz (PACE)	Qualifizierungsangebote/Beratung für SchülerInnen der Sekundarstufe I und Eltern bei Schulschwierigkeiten/Schulabbrüchen	Landkreis Osterholz als Träger der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit
Elterncafé als Familienserviceleistung	Verbesserung der Lebenssituation von Eltern und Förderung der Teilnahme am Gemeinwesen und Stärkung ihrer Erziehungsverantwortung	Familienservicestelle des Landkreises/Quartiersmanagement/städtische Gleichstellungs- und Integrationsstelle

4. Perspektivische Betrachtung von Handlungsansätzen

4.1. Kriterien für die Betrachtung von Handlungsansätzen

Die in Frankreich entwickelten Gedanken zu einer *Thérapie sociale* können Grundsätze für die Entwicklung von Handlungsansätzen für die Transformation kommunaler Konflikte liefern²⁹:

- Systemische Herangehensweise: Es geht nicht um punktuelle Aktionen, sondern um die Beeinflussung von Schlüsselfaktoren in einem interdependenten System.
- Kollektive Intelligenz: Unterschiedliche Akteure arbeiten zusammen und tragen ihr Wissen und ihre Möglichkeiten zur Konflikttransformation bei.
- Rahmen: Das Problem wird entsprechend seiner Handhabbarkeit durch kommunale Akteure eingegrenzt und dafür ein institutioneller Zusammenhang geschaffen, der seine Bearbeitung erlaubt.
- Prozessorientierung: Statt einer Fokussierung auf kurzfristige Lösungen wird ein gemeinsam verantworteter und getragener Prozess vorgeschlagen.

In diesem Sinne sieht der britische Berater der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung Dan Smith die gegenwärtig wichtigsten Herausforderungen für europäische Gesellschaften in den Bereichen soziale Ausgrenzung und Marginalisierung und fordert hier entschiedene Maßnahmen der Friedenskonsolidierung: »In brüchigen Gesellschaften kommt es vor allem darauf an, Menschen zusammenzubringen, Fragen zu stellen, den Antworten genau zuzuhören und dann gemeinsam zu handeln.«³⁰

4.2. Vorhandene Potenziale in Osterholz-Scharmbeck

Osterholz-Scharmbeck bietet geeignete Voraussetzungen dafür, die Konflikte um die Situation der Drosselstraße nachhaltig zu bearbeiten, damit auch entscheidende Akzente für die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Stadtgesellschaft – und letztlich für die Zukunft der Stadt einzuleiten.

Es gibt eine hohe Bereitschaft der betroffenen Behörden und ihrer einzelnen Mitarbeiter/-innen, sich mit gesellschaftlichen Fragen in Osterholz-Scharmbeck und insbesondere in der Drosselstraße auseinanderzusetzen. Letztlich geht der überwiegende Teil des Engagements zur Situation in der Drosselstraße von diesen Personen aus. Die Behörden verfügen über Strukturen, die ihnen helfen könnten, auch bei der Suche nach Lösungen für diese Frage miteinander zu kooperieren.

Auf der anderen Seite zeigen auch die Anwohner/-innen Interesse und Engagement, die Situation ihres Quartiers zu verbessern. Besonders in der Schule erfolgreiche junge Leute wollen das Stigma des Quartiers loswerden, ohne die Drosselstraße verlassen zu müssen. Zuwanderer und Zuwanderinnen in Osterholz-Scharmbeck sind bereit, als Mittler/-innen zur Verfügung zu stehen. Vereinzelt haben sich daraus bereits persönliche Kontakte zwischen Behördenvertretern und Bewohnern aus der Drosselstraße ergeben.

Die Polizei hat bereits seit längerem darauf gedrängt, dass sich Behörden in gemeinsamer Kooperation stärker der Bearbeitung der Situation in der Drosselstraße widmen. Die Polizeileitung hat bereits im Jahr 2011 begonnen, ein neues Einsatzkonzept zu erproben. Im Falle krimineller Handlungen soll differenziert vorgegangen werden. Zugriffe auf kriminelle Personen werden, wenn immer möglich, durch eine Kommunikationsstrategie vor Ort (direkte Ansprache der Bevölkerung im Quartier durch Beamte aus dem Bereich der Kriminalprävention) begleitet und nachbereitet, die den Charakter des Polizeieinsatzes erläutern und einer Solidarisierung im Quartier vorbeugen. Die kontinuierliche Präsenz im Quartier trägt dazu bei, den Anwohnerinnen und Anwohnern deutlich zu machen, dass Polizei nicht an einer Stigmatisierung der Drosselstraßen-Bewohner interessiert ist und den Kontakt sucht. Diese Strategie wurde Ende 2011 im Rahmen eines Polizeieinsatzes in der Drosselstraße erfolgreich, das zeigen auch die Rückmeldungen der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund, eingesetzt.

Die Stadtgesellschaft hat ein Interesse daran, Veränderungen der Konfliktsituation zu unterstützen. Von Vertretern der politischen Parteien wird die Spaltung der Stadt abgelehnt und ein Umgang mit gleichen Rechten und Pflichten verlangt. Das Thema »Drosselstraße« beginnt, nicht mehr nur als angstbesetztes Thema wahrgenommen zu werden, sondern auch als ein Thema, in dem Entwicklungspotential liegt.

Der Erfolg bei der Wiedereingliederung der Fußballmannschaft Barispor in den Spielbetrieb auf Ebene des Kreisfußballverbandes zeigt, dass neue Ansätze bei der Zusammenarbeit von Mitarbeitern der Polizei, des Jugendhauses, der Stadtverwaltung und des Vereins Barispor Veränderungen bewirken können. Die beteiligten Anwohner und Anwohnerinnen sehen sich zunehmend als Akteure, die ihr Lebensumfeld aktiv beeinflussen können.

4.3. Handlungsempfehlungen

Ausgehend von den oben genannten Potenzialen sind folgende Handlungsansätze³¹ geeignet, die Konfliktsituation um das Thema Drosselstraße nachhaltig zu bearbeiten:

1. Die Stadtgesellschaft in Osterholz-Scharmbeck muss sich verstärkt mit ihren Vorstellungen von Integration auseinandersetzen. Im öffentlichen Diskurs tauchen verschiedene Begriffe auf (Integration, Inklusion, etc.), deren unterschiedliche Konnotationen untersucht und diskutiert werden sollten.³² Diese Debatte öffentlich zu führen, könnte dazu beitragen, die Möglichkeiten und Chancen zu entdecken, die für die Stadt in einem anderen Umgang mit neuen Bürgern und Bürgerinnen bestehen. Osterholz-Scharmbeck hat in seiner Geschichte zu verschiedenen Zeiten Spaltungen überwunden (zwischen Osterholz und Scharmbeck, zwischen Ansässigen und angesiedelten Flüchtlingen nach dem 2. Weltkrieg) – eine Geschichte, an die angeknüpft werden kann.
2. Die Stadtverwaltung muss in Bezug auf die Bearbeitung der Konflikte um die Drosselstraße die Führungsrolle übernehmen. Dies sollte beinhalten, dass die Drosselstraße-Thematik zu einer Querschnittsaufgabe in verschiedenen Arbeitsbereichen wird, bei gleichzeitiger Beschreibung der spezifischen Aufgaben (z. B. Städtebau: Tiefgarage; Soziales: Betreuung junger Erwachsener; etc.). Ein Schaubild für das Zusammenwirken von Einrichtungen im Bereich der Drosselstraße sollte behördenübergreifend erstellt werden, um Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten klar zu beschreiben.
3. Der Standort des Jugendhauses ist für den Zugang zum Quartier von sehr hoher Bedeutung. Dies sollte von der Stadtverwaltung bei der Entwicklung von Strategien in Bezug auf die Standortfrage berücksichtigt werden, bevor die gegenwärtige Immobilie am Pumpenberg aufgegeben wird. Die Fortschreibung befristeter Arbeitsverhältnisse im Jugendhaus ist notwendig, um qualifiziertes Personal auch langfristig zu erhalten.
4. Die Rolle des Präventionsrats als Steuerungsgremium sollte konkret ausgefüllt werden: z. B. sollte der Präventionsrat
 - eine kohärente Strategie verfolgen (Zielvorgaben, Aktivitäten und Prozesse beschreiben, Arbeitsaufträge beschreiben, verteilen und abfragen, etc.); diese Strategie dem Stadtrat vorstellen;
 - Arbeitsgruppen wie beschlossen einrichten und in ihnen arbeiten;
 - die Ergebnisse der Arbeitsgruppen abfragen und überprüfen.Um dies tun zu können, müssten dem Präventionsrat auch mittelfristig die entsprechenden Personalressourcen zur Verfügung stehen.
5. Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck sollte dem Präventionsrat einen klaren Auftrag, dessen Ergebnisse vom Stadtrat abgefragt werden, entsprechend der entwickelten Strategie erteilen. Der Stadtrat sollte sich darüber hinaus mit diesem Thema als Zukunftsthema beschäftigen. Die politischen Parteien sollten sich entsprechend positionieren, ohne dabei das Thema Drosselstraße durch Polarisierung zur eigenen Profilierung zu nutzen. Eine parallele Auseinandersetzung mit Konzepten und Ansätzen im Sinne einer Einbeziehung der Bürgergesellschaft ist wünschenswert. Der Stadtrat sollte die Arbeit des Präventionsrats im Sinne einer eigenen aktiven Einbindung, eines Monitoring und einer politischen Kontrolle begleiten. Eine interfraktionale Arbeitsgruppe im Sinne einer Lenkungsrunde könnte dafür eingerichtet werden.
6. Die Polizei ist ein starker Akteur im System und bei der Prävention. Die Bearbeitung der Konfliktsituation in der Drosselstraße könnte zu einem Leuchtturmprojekt der Polizei im präventiven Bereich werden, das zukunftsweisend behördenübergreifende Zusammenarbeit und polizeiliches Handeln im gesellschaftlichen Kontext beschreibt. Polizei ist Teil des Gesamtsystems, das sich zum Quartier Drosselstraße positionieren muss, und kann daher nicht losgelöst von anderen Akteuren agieren. Fortgeführt werden sollten folgende Maßnahmen:
 - Auseinandersetzung mit interkulturellen Fragestellungen;
 - Verstärkter Einsatz der Instrumente von Supervision und Coaching, um eine kritische Reflexion des Einsatzhandelns zu begleiten und die Beamten beim Benennen und Setzen von Grenzen zu unterstützen;
 - Störend wirkt das Bild der Drosselstraße als »eskalierter Brennpunkt«, das bei Einsatzkräften besteht, die nicht aus dem Raum Osterholz-Scharmbeck stammen und diesen nicht kennen. Die Vermittlung eines differenzierteren Bildes durch ortskundige Beamte ist notwendig;
 - Für die Präsenz der Polizei in der Drosselstraße wird die stetige Fortschreibung eines stimmigen Konzepts empfohlen, das sich nicht nur auf die Bekämpfung von Kriminalität bezieht, sondern Sicherheitsfragen umfassender betrachtet. Hierzu

gehört, dass Polizei in die Lage versetzt wird, Problemfelder frühzeitig zu erkennen, um darauf (u. U. behördenübergreifend) zu reagieren;

- Ausgestaltung von differenzierten Polizeistrategien für Zugriffe, die einer internen Solidarisierung in der Drosselstraße vorbeugen;
- Nutzung des Wissens der Polizei über Akteure in der Drosselstraße bei der Strategie-Entwicklung.

7. Die Behörden (Kreisverwaltung, Stadtverwaltung, Polizei) sollten dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiter/-innen interkulturelle Orientierung entwickeln, und die mit interkulturellen Fragestellungen zusammenhängenden Fragen behördenübergreifend diskutieren.

- Ein fortlaufender Kurs zu »Interkulturellem Lernen« sollte sich nicht vorwiegend auf nationale oder ethnische Kulturen fokussieren, sondern sich mit Migrantenkulturen befassen und die Wirkungen von Machtverhältnissen betrachten. Es geht nicht um ein Merkblatt für den Umgang mit Menschen aus einem bestimmten Herkunftsland, sondern um die Reflexion der eigenen Rolle und Haltung.
- Die Federführung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bzgl. interkultureller Orientierung könnte bei der Kreisverwaltung liegen.

8. Die Kreisverwaltung hat als zuständige Behörde in den Bereichen Ausländerangelegenheiten und Jugendhilfe eine besondere Verantwortung dabei, die Zusammenarbeit der Behörden in diesem Sinne zu begleiten. Die Einrichtung einer Arbeitsebene zwischen Kreisverwaltung und Stadtverwaltung zu Integrationsfragen könnte dafür hilfreich sein.

9. Die Bürgergesellschaft (u. a. vertreten durch Vereine, Initiativen, Religionsgemeinschaften) sollte auf die Anwohner/-innen der Drosselstraße zugehen und konkrete Angebote machen, die Anwohner/-innen einzubinden. Der Kontakt sollte im Quartier stattfinden. Diese Schritte sollten durch qualifizierte Moderation mit entsprechender Anbindung an Entscheidungsstrukturen in der Stadt begleitet werden. So entwickelt Osterholz-Scharmbeck eine Kultur der »Spaltung überwinden«, z. B. durch strategisch gut platzierte Kulturangebote, Wettbewerbe etc., die insgesamt als Daueraktivität auftreten. Für die Entwicklung eines kulturellen Konzepts könnte es einen Arbeitsgruppenauftrag des Präventionsrats geben.

10. Die Anwohner/-innen aus der Drosselstraße könnten durch fachkundige Begleitung den Umgang mit Prozessen und Institutionen (»Wie verhalten wir uns in unserem Staat?«) erlernen. Für diese Aufgaben sollte von der Stadtverwaltung ein/e qualifizierte/r, hauptamtliche/r Prozessbegleiter/-in eingesetzt werden. Migrantenorganisationen könnten hilfreiche Partner für die Umsetzung sein.

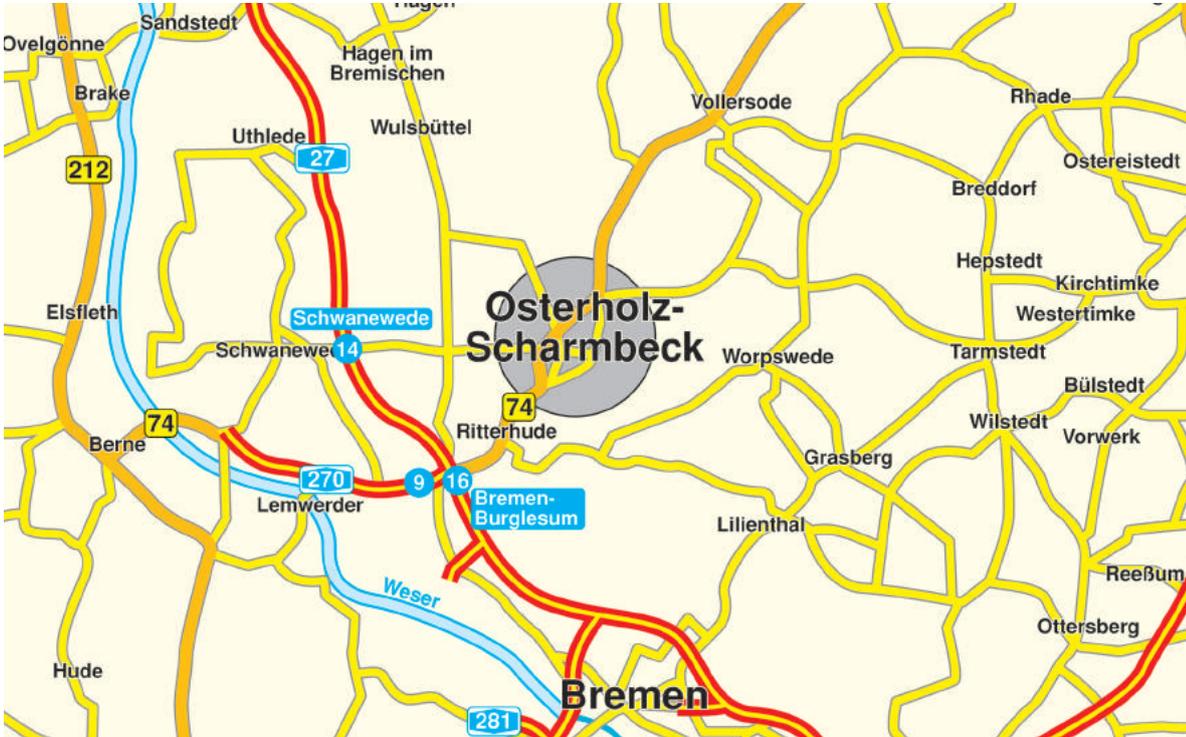
11. Insgesamt macht sich Osterholz-Scharmbeck auf den Weg und versteht den Umgang mit der Situation in der Drosselstraße als einen Prozess, der der Stadt und ihren Bewohnern und Bewohnerinnen Zukunftsperspektiven aufzeigt. Es wird keine fertigen Lösungen dafür geben. Doch die Auseinandersetzung mit der Problematik kann zeigen, dass in diesem Konflikt nicht nur Gefahren und Risiken liegen, sondern vor allem Chancen und Möglichkeiten für die Entwicklung der Stadt.

5. Anhang

5.1. Endnoten

- 1 Quelle: Stadt Osterholz-Scharmbeck, Stand 21. 11. 2011.
- 2 Z. B. in 1987, dem Jahr der Volkszählung: 24.150 Einwohner.
- 3 http://de.wikipedia.org/wiki/Osterholz_Scharmbeck.
- 4 Da Einwohner mit Migrationshintergrund, die in der Zwischenzeit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, nicht erfasst werden, könnte die Abnahme dieser Zahl teilweise auch diesem Umstand zuzuschreiben sein.
- 5 Stichtag 21. 11. 2011.
- 6 Grund: hohe Zahl von Besitzern von Parkflächen, die unterschiedliche Interessen haben.
- 7 Die »Duldung« ist eigentlich kein Aufenthaltstitel sondern besagt, dass eine Ausweisung oder Abschiebung einer Person nur so lange ausgesetzt ist wie ein Ausreisehindernis besteht.
- 8 Vergl. Ghadban, Ralph 2008. Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin: Zur Integration ethnischer Minderheiten. Berlin: Das Arabische Buch, S. 208.
- 9 Ghadban, Ralph 2008. Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin: Zur Integration ethnischer Minderheiten. Berlin: Das Arabische Buch, S. 254–264.
- 10 Ebd. S. 192f.
- 11 Vergl. Ebd. S. 261.
- 12 Nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 a) Nds. SOG können niedersächsische Verwaltungsbehörden und die Polizei die Identität einer Person feststellen, wenn sie an einem solchen Ort angetroffen wird. Nach § 22 Abs. 1 Nr. 4 Nds. SOG kann die Polizei eine Person durchsuchen, wenn sie an einem in § 13 Abs. 1 Nr. 2 Nds. SOG genannten Ort angetroffen wird. (<http://www.rechtslupe.de/verwaltungswesen/identitaetsfeststellung-an-einem-verruenen-ort-317097>).
- 13 Es handelt sich um tatsächliche, absolute Fallzahlen, erhoben aus dem polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem (NIVADIS), also Eingangsstatisik. Es sind keine Zahlen anhand der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), also keine Ausgangsstatisik. Zahlen die Drosselstraße betreffend beziehen sich auf die Tatörtlichkeit Drosselstraße.
- 14 Glasl, Friedrich 2002. Selbsthilfe in Konflikten. Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben, S. 24.
- 15 Galtung, Johan 1993. »Kulturelle Gewalt«, in: Der Bürger im Staat. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Juni (Heft 2, 43. Jg.), S.106–112.
- 16 Vergl. Roth, Roland 2008. »Gegenwärtige und zukünftige Konfliktdynamiken in Deutschland«, in: Konflikttransformation. Chance für eine ganzheitliche Integrationsarbeit. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bonn: Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland, S. 21.
- 17 Z. B. ethnische Zugehörigkeit, Zugehörigkeit zum Quartiers, Zugehörigkeit zu Bevölkerung mit Migrationserfahrung.
- 18 Läuft Ende 2011 aus.
- 19 Zuarbeit von Annette Flos, SWD der Polizei Niedersachsen.
- 20 Spät, Patrick 2011. »Wie friedliche Demonstranten zu Steinerwerfern werden können«, in: Psychologie Heute, J.38/ Heft 11 (November 2011), S. 8f.
- 21 Zu Eskalationsstufen in Konflikten vergl. Friedrich Glasl 2002. Selbsthilfe in Konflikten: Konzepte – Übungen – Praktische Methoden. Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben, S.114.
- 22 S. Projekthandbuch 2011.
- 23 Projekthandbuch 2011, S. 33.
- 24 Projekthandbuch 2011, S. 35.
- 25 S. Projekthandbuch 2011 und vergleiche mit den Projekthandbüchern der Stadt Osterholz-Scharmbeck der vorhergehenden Jahre. Eine ausführliche und systematische Übersicht über Maßnahmen aus dem LOS-Programm (2003–2008) und SVO (2009–2011) mit Kennzeichnung der die Drosselstrasse betreffenden Projekte kann über die folgende Webseite abgerufen werden: www.sozialestadt-netzwerk-ohz.de.
- 26 CDA Collaborative Learning Projects 2009. Reflecting on Peace Practice: Participant Training Manual, Cambridge, MA, S. 11ff.
- 27 www.osterholz-scharmbeck.de.
- 28 Mehr Informationen: www.osterholz-scharmbeck.de/index.php?mNavID=1983.5&sNavID=1983.141&La=1.
- 29 Rojzman, Charles 2008. »Thérapie sociale, ein systemorientierter Ansatz zur Konfliktbearbeitung«, in: Konflikttransformation. Chance für eine ganzheitliche Integrationsarbeit. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bonn: Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland, S. 45.
- 30 Smith, Dan 2012. »Von Afrika lernen heißt siegen lernen«, in: Die Zeit 3/2012 (12. Januar 2012), S. 9.
- 31 Vergleiche auch: Schader-Stiftung 2011. Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen: Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.
- 32 Özkan Ezli wirft zu diesem Thema interessante Fragen auf. S. Jörg-Peter Rau 2011. Warum das Fremde so wichtig ist. In: Südkurier am 6. 7. 2011 (www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Warum-das-Fremde-so-wichtig-ist;art372448,4982601). S.a. Literaturempfehlungen.

5.2. Karten von Osterholz-Scharmbeck



© by Verlag W. Simon, Cloppenburg 06/2012

5.3. Weiterführende Literatur

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.)

2008. Gewaltfrei streiten für einen gerechten

Frieden: Plädoyer für zivile Konflikttransformation.

Oberursel: Publik-Forum.

Enthält eine Einführung in die Konflikttransformation und viele Fallbeispiele zu Einzelfragen.

CDA Collaborative Learning Projects 2009. Reflecting on Peace Practice: Participant Training Manual,

Cambridge, MA.

Beschreibt Methoden, die die Wirkungen von Friedensprojekten auf Konflikte im gesellschaftlichen Raum analysieren.

Galtung, Johan 1993. »Kulturelle Gewalt«, in: Der Bürger im Staat. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Juni (Heft 2, 43.Jg.), S.106–112.

Ghadban, Ralph 2008. Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin: Zur Integration ethnischer Minderheiten. Berlin: Das Arabische Buch.

Studie zur Situation libanesischer Migranten in Berlin und Versuch einer verallgemeinerten Darstellung der daraus gewonnenen Erkenntnisse.

Glas, Friedrich 2002. Selbsthilfe in Konflikten:

Konzepte – Übungen – Praktische Methoden. Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben.

Eine verständlich geschriebene Einführung in die Praxis der Konflikttransformation.

Ezli, Özkan und Andreas Langenohl, Valentin Rauer, Claudia Marion Voigtmann (Hg.) 2012. Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und

Diversität: Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft. transcript. Bielefeld: Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis.

Ezli und andere stellen den aktuellen Forschungsstand zur Integrationsdebatte dar. Das Buch ist in Vorbereitung.

Lustig, Sylvia 2010. Konfliktpotenziale als Chance:

Vorschlag eines Handlungskonzepts für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Universitätsstadt Tübingen. Bonn: Forum Ziviler Friedensdienst.

Kommunale Konfliktberatung im Partnerprojekt in Tübingen.

Rojzman, Charles 2008. »Thérapie sociale, ein systemorientierter Ansatz zur Konfliktbearbeitung«, in: Konflikttransformation. Chance für eine ganzheitliche Integrationsarbeit. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bonn: Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland.

Roth, Roland 2008. »Gegenwärtige und zukünftige Konfliktodynamiken in Deutschland«, in:

Konflikttransformation. Chance für eine ganzheitliche Integrationsarbeit. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bonn: Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland.

Schader-Stiftung (Hg.) 2011. Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen: Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Spät, Patrick 2011. »Wie friedliche Demonstranten zu Steinewerfern werden können«, in: Psychologie Heute, J.38/Heft 11 (November 2011), S. 8f.

Sufryd, Philippe 2009. Integration in Quakenbrück: Vorschlag eines Handlungskonzepts. Bonn: Forum Ziviler Friedensdienst. (http://www.forumzfd.de/sites/default/files/downloads/Handlungskonzept_Integration_Quakenbrück_forumZFD.pdf)

Über das Projektteam

Hagen Berndt, Fachkraft Kommunale Konfliktberatung des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in Osterholz-Scharmbeck und Autor dieser Studie. Studium der Indologie, Islamwissenschaft und Kommunikationsforschung. Seit über 25 Jahren als Berater und Trainer zu Konflikttransformation für verschiedene Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. unterstützt er seit 1998, z. B. als Trainer der Akademie für Konflikttransformation. Seit den 1990er Jahren hat er an lokalen Gewaltpräventionsprogrammen mitgewirkt, u. a. in Niedersachsen, in Thüringen und in Schleswig-Holstein. Nach dem Studium zunächst viele Jahre in Südasien tätig, hat er später auch an Projekten im nördlichen und zentralen Afrika, im Nahen Osten und auf dem Balkan mitgearbeitet.

Annette Flos, Diplom-Kulturpädagogin, Coach und Supervisorin. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Dozentin für Polizeianwärterinnen und -anwärter an der niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, arbeitet Annette Flos seit 2007 in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen. Im Dezernat »Sozialwissenschaftlicher Dienst« ist sie seit 2009 verantwortliche Sachbearbeiterin für das Themenfeld »Konfliktmanagement in sozialen Brennpunkten«. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die Konfliktmoderation und die Supervision.

Philippe Sufryd, M. A., Referent Konfliktbearbeitung in Deutschland und stellvertretender Leiter der Abteilung Projekte und Programme des Forum Ziviler Friedensdienst e.V., Studium der Politischen Geschichte, der Internationalen Beziehungen und der Volkswirtschaft in Bonn und Utrecht/ Niederlande. Weitere berufliche Stationen: EU-Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel und InWent in Bonn. Das Projekt in Osterholz-Scharmbeck hat er als zuständiger Referent vorbereitet und die Gesamtleitung der Projekte der Kommunalen Konfliktberatung inne.

Henning Niederhoff, M. Litt. Oxon, Ministerialrat a. D., Verwaltungsjurist, Mediator. Berufliche Verwendungen in Niedersachsen, Brüssel, im Nahen Osten und in Berlin. Sprecher und Initiator der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland. Das Projekt in Osterholz-Scharmbeck wird von ihm als Seniorberater begleitet.

Impressum

»Thema Drosselstraße

Zusammenleben in Osterholz-Scharmbeck«

Empfehlungen zur Förderung von Integration und zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts

Herausgeber

Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck und Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland)

Kontakt

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. ■ Abteilung Projekte und Programme
Am Kölner Brett 8 ■ 50825 Köln
Telefon: 0221 91 27 32-0 ■ Fax: 0221 91 27 32-99
kontakt@forumzfd.de ■ www.forumzfd.de

Lokale Projektumsetzung und Autor

Hagen Berndt unter Mitarbeit von Annette Flos,
Philippe Sufryd und Henning Niederhoff

Strategische Projektbegleitung

Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck

Bildnachweise

Titel links: Michael Rabba ■ S.1 und 6: Stadt Osterholz-Scharmbeck ■
Alle anderen Bilder: www.hagenberndt.de

Verlag

 **meinhardt** Verlag und Agentur
Magdeburgstraße 11 ■ 65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

1. Auflage ■ Idstein ■ ISBN 978-3-933325-41-9

Die Studie »Thema Drosselstraße: Zusammenleben in Osterholz-Scharmbeck. Empfehlungen zur Förderung von Integration und zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts« entstand im Rahmen des Projektes »Integration fördern – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Kommunale Konfliktberatung in den Städten Hamburg-Bergedorf, Tübingen und Osterholz-Scharmbeck«, das das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland von Dezember 2010 bis Dezember 2011 durchführte. Das Beratungsprojekt wurde gemeinschaftlich gefördert durch den Europäischen Integrationsfonds (EIF) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



Stadt Osterholz-Scharmbeck
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Rathausstraße 1
27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon: 04791 17193
Fax: 04791 1744193
schambach@osterholz-scharmbeck.de
www.osterholz-scharmbeck.de



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Abteilung Projekte und Programme
Am Kölner Brett 8
50825 Köln
Telefon: 0221 912732-0
kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de